

Ausgabe 4 / Oktober 2003

caritas in NRW

Zeitschrift der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

Kranke Kommunen

Städte und Gemeinden
kürzen bei den Sozialausgaben

CARITAS HEUTE: Chancen ausbauen

Das neue Ehrenamt erfordert von
Hauptamtlichen ein Umdenken

ISSN 1617-2434
G 5546

BISTUMSSPIEGEL

Caritas in Ihrer Region – Menschen in der Caritas





Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Schuldnerberatung vor dem Aus“, „Dramatischer Hilferuf der Bildungsträger“, „Caritas-Möbellager geschlossen“, „Streetwork-Arbeit der Suchthilfe gefährdet“ – Meldungen und Schlagzeilen dieser Art häufen sich enorm. Schließungen von Einrichtungen und Diensten bedeuten nicht nur eine Reduzierung sozialer Hilfen für Benachteiligte und Gefährdete. Dahinter stehen auch Umsetzungen und oft Kündigungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Noch mehr Arbeitsverdichtung, Kreativität und guter Wille lassen sich aus den Verbleibenden kaum noch herauspressen. Die Krise hat die Caritas längst erreicht. Eigenmittel fallen weg, weil die Kirchensteuern sinken und die Bistümer energisch kürzen. Den Kommunen steht das Wasser bis zum Hals.

Und drohend hängt der Landeshaushalt über allem. Aber es nützt nichts, fehlendes Gehör und mangelnden Einfluss auf Bundes- oder Landesebene zu beklagen und die Hände in den Schoß zu legen. Erfolgreich war

im letzten Jahr die Kampagne gegen den „Sozial-Kahlschlag“ der Düsseldorfer Staatskanzlei vor allem deswegen, weil sie konkrete Beispiele aus der jeweiligen Region brachte. Die Schließung der Familienberatung, das drohende Ende einer Initiative für Wohnungslose, das Aus für die Suchthilfe: Je konkreter die Auswirkungen für die Bürger sind, desto mehr interessieren sich auch die lokalen Medien dafür. Und dann werden ganz konkret die Landtagsabgeordneten mit den Folgen ihrer Sozialpolitik konfrontiert.

Wenn in diesem Jahr die Wohlfahrtsverbände mit einer neuen Kampagne für eine große Koalition der sozialen Vernunft in Stadt und Land werben, dann geht es nicht um Besitzstandswahrung auf hohem Niveau, sondern um die gesellschaftlichen und persönlichen Folgen für sozial Benachteiligte. Die Zielrichtung wird durch das Motto vorgegeben: NRW, bleib sozial!

Herzlichst Ihr



Markus Lahrmann
Chefredakteur

Inhaltsverzeichnis

Titelfoto: Zelck



Spezifische Qualitäten 4

Große Löcher 6

Zur finanziellen Situation der Städte und Gemeinden

Einmischen 8

Die Rolle der Sozialpolitik in den Haushaltsdebatten stärken

Bis vor Gericht 11

Caritas verklagt die Stadt Gelsenkirchen



Auf der Kippe 17

Pauschalen gefährden Arbeit der Betreuungsvereine



Kindern Perspektiven bieten 18

Im ukrainischen Feriendorf Jablonitsa arbeiten vier Caritasverbände zusammen

Chancen ausbauen 20

Das neue Ehrenamt ernst nehmen



Aachen 26

Essen 30

Köln 36

Münster 40

Paderborn 44



Medientipps 49

Impressum 50



Schwerpunkt

Spezifische Qualitäten

Kommunale Haushaltskrisen und ein Sozialstaat im Umbruch sind eine enorme Herausforderung für die Freie Wohlfahrtspflege

Von Konrad Deufel

Die schon seit vielen Jahren schwierige finanzielle Situation der Städte und Gemeinden ist nunmehr überaus alarmierend und wirkt sich auch gravierend auf die finanziellen Bedingungen der Freien Wohlfahrtspflege aus. Ausgeglichene Haushalte sind für die meisten Kämmerer ein Fremdwort geworden, im Gegenteil werden allerorten öffentliche Leistungen reduziert, Einrichtungen geschlossen, Bau- und Straßenunterhaltungsetats zurückgeschraubt und Zuschüsse an Dritte stark gekürzt. Ein Ausweg aus dieser Misere ist leider immer noch sehr fraglich.



Dr. Konrad Deufel (56) ist Oberstadtdirektor der Stadt Hildesheim, Vorsitzender des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge und Mitglied der Arbeitsgruppe „Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe“ der Kommission der Bundesregierung zur Reform der Gemeindefinanzen.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbstätige ist im Grundsatz zwar sehr positiv zu beurteilen: Diese Reform bringt nicht nur finanzielle Synergieeffekte und entlastet die Kommunen, indem zu Recht dem Bund die finanzielle Verantwortung für die Langzeitarbeitslosigkeit und deren Folgen zugewiesen wird. Nein, es ist auch eine Reform für die Menschen, für die Langzeitarbeitslosen, deren Eingliederungschancen auf diese Weise nachhaltig verbessert werden. Allerdings kommt hier wieder der Wermutstropfen: Zum einen setzt die Bundesregierung die finanzielle Entlastung der Kommunen durch diese Maßnahme weit höher an, als es realistisch ist, und zudem besteht die Gefahr eines Verschiebeparkplatzes, indem „arbeitsmarktfremde Arbeitslose“ unter Umständen wieder in der Sozialhilfe landen. Noch stärker zu kritisieren ist die Ankündigung, dass die Kommunen im Rahmen dieses Pakets die Kosten für die neue Kinderbetreuung für unter Dreijährige tragen sollen, die mit 2,5 Milliarden Euro veranschlagt werden – damit werden die Einsparungen aus der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe für die Kommunen wieder zunichte gemacht.

Doch die Finanznot der öffentlichen Hand ist nur eine von mehreren Problemlagen, der sich die Freie Wohlfahrtspflege in diesen Zeiten zu stellen hat. Ein anderes Thema in diesem Zusammenhang ist die demografische Entwicklung in unserem Land. Während die Bevölkerungszahl von 79,75 Mio. in 1999 auf max.

69,94 Mio. in 2050 sinken wird, wird der prozentuale Anteil der über 60-Jährigen im gleichen Zeitraum enorm steigen.

Nicht einfacher wird die Arbeit der Wohlfahrtsverbände zudem durch die zunehmende Pluralisierung der Lebenswelten, die Individualisierung der Lebensvollzüge, die beispielsweise ein gemeinsames Familienleben immer seltener macht. Dies in einer Situation, in der sich auch die Strukturen gründlich geändert haben. Anders als noch vor einigen Jahren sind die Wohlfahrtsverbände keine Monopolisten mehr. Sie müssen sich also dem Wettbewerb stellen und sich auf dem Markt behaupten: Dadurch wird der Legitimationsbeweis nötig, und Management ist zu einer neuen Aufgabe geworden. Die Freie Wohlfahrtspflege befindet sich also in einer mehrfachen Situation der Herausforderung. Sie braucht sich aber mit ihrer großen Tradition, ihrer anerkannten Fachkompetenz, ihren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, haupt- und ehrenamtlich, und ihrer langjährigen erfolgreichen Arbeit nicht zu verstecken und den Wettbewerb nicht zu scheuen. Denn sie verfügt über spezifischen Qualitäten, die ihr auch künftig so leicht keiner streitig machen kann:

1. Unterschiedliche Identitäten entwickeln:

Die Freie Wohlfahrtspflege stellt sich der Vielfalt der Lebenswelten, sie reagiert nicht uniform, sondern passt sich der Lebenslage der Betroffenen an. Dies kann sich z. B. zeigen in flexiblen Öffnungszeiten, in neuen Gruppenformen in Kindertagesstätten, einer ganzheitlichen Betrachtung bei Behinderungen, in unterschiedlichen Strukturen von Stadtquartier zu Stadtquartier, von Ort zu Ort.

2. Solidarität mit den Betroffenen:

Dies bedeutet in der Konsequenz, den richtigen Weg mit den Hilfsbedürftigen zu finden, mit ihnen zu gehen, sie zu begleiten. Das „Mit-leiden“ wird hier zum Beginn der zeitweiligen Wegbegleitung.

3. Orientierung nicht am Gewinn, sondern am Gemeinwohl:

Natürlich müssen die Dienste finanzierbar bleiben! Aber Verbände haben einen anderen als den wirtschaftlichen Mehrwert. Sie leisten Zeugnis für ihre Idee, bringen Formen von Solidarität ins Spiel und provozieren damit die Gesellschaft. Die Freie Wohlfahrtspflege leistet vorbildliche Qualität, muss dazu aber auch instand gesetzt sein und werden und bleiben.

4. Engagement in der Breite und Kompetenz in der Spitze:

Wer auf vielen Feldern tätig ist, kann Erfahrungen und Dienste miteinander verknüpfen, ist zu Innovationen fähig, kann im Einzelnen auch neue Wege suchen und hat die wirtschaftliche Kraft, dies immer wieder auch aus eigenen Mitteln zu unternehmen.

5. Aus der Sicherheit des identifizierenden Hintergrundes das eigene Modell, die eigene Fachlichkeit entwickeln:

Wenn der eigene Ansatz, das eigene Selbstverständnis (generell und bezogen auf den jeweiligen Dienst), geklärt ist, sind hier eigene Wege der verschiedenen Verbände möglich. Das Wahlrecht erhält so neue Dimensionen, die Pluralität der Dienste einen neuen Inhalt. Wichtig ist dabei die Betrachtung, was das Eigene, Eigentliche des jeweiligen Verbandes ausmacht!

6. Eigener Typ von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Freien Wohlfahrtspflege zeichnen sich durch ein eigenes Berufsverständnis aus, geprägt von der Idee des Trägers, von Selbstverständnis und Eigenständigkeit, von Selbsterprobung und Selbstkritik, von der eigenen Führungsstruktur. Künftig ist verstärkt neben den sozialen Fähigkeiten auch wirtschaftliches Denken einzufordern. Diese wesentliche Zusatzkompetenz muss nachdrücklich nachgefragt, gefördert, entwickelt und gepflegt werden.

7. Träger der Freien Wohlfahrtspflege:

Sie denken über den Tag hinaus, ob eschatologisch – wie bei kirchlichen Trägern – oder getragen von einem Lebenskonzept von Demokratie, Partizipation und Respekt vor den Kunden respektive Hilfsbedürftigen. Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege verstehen sich als Dienstleister, die das Selbstbewusstsein des „Kunden“ fördern, sie bevormunden die Hilfsbedürftigen nicht, betreiben keine „Besserwisserei“. Hilfsbedürftige werden als Partner gesehen, die auch ein Wahlrecht bei den Leistungen haben, die sie für sich in Anspruch nehmen möchten.

8. Selbsthilfe unterstützen:

Die Freie Wohlfahrtspflege ist in der Lage, den Menschen neue Formen von Eigenverantwortung für sich zu geben. Dies bedarf der entsprechenden organisa-

torischen Begleitung, fachlichen Zuarbeit und Unterstützung.

9. Anwaltschaft:

Die Freie Wohlfahrtspflege ist das soziale Gewissen im Sozialstaat. Sie äußert sich und mischt sich ein, egal, ob es gelegen oder ungelegen kommt, aber nicht ohne Klugheit und bezogen nicht in erster Linie auf die Vertretung eigener, der Trägerinteressen, sondern als echte Anwaltschaft im Sinne der Betroffenen.

10. Ehrenamt / freiwillige Dienste:

Eine wesentliche Aufgabe der Freien Wohlfahrtspflege ist es auch, Solidarität und Engagement aus der Gesellschaft, der Stadt, der Gemeinde heraus zu mobilisieren. Wir sollten mehr Mut zum Begriff „Ehrenamt“ haben – dies ist keine Herabsetzung, keine Bezeichnung für Mitwirkende zweiter Klasse, sondern ein besonders anerkennender Einsatz von Menschen, die sich neben ihrer beruflichen Tätigkeit einer weiteren, freiwilligen Aufgabe für andere Menschen mit großem Engagement widmen. Dabei hat die ehrenamtliche Tätigkeit ja auch eine wichtige positive Rückwirkung auf die Helfer selbst. Der Freien Wohlfahrtspflege braucht also vor der Zukunft und den Veränderungen und Anforderungen, die diese mit sich bringen wird, nicht Bange zu sein. Zweifellos erfordert die jetzige Situation eine besondere Kraftanstrengung; es sind Beweglichkeit und Ideenreichtum gefragt, um sich zu erneuern, der geänderten Lage anzupassen und auch künftig erfolgreiche Arbeit zu leisten. Doch wenn man mit frischem Mut an die Sache geht, wird die Freie Wohlfahrtspflege auch in der Zukunft eine ganz wesentliche Rolle in unserem Land spielen – dazu braucht sie sich vielleicht nur die folgende chinesische Weisheit zu Eigen zu machen: „Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen.“ ◀



Öffentliche Leistungen stehen auf dem Prüfstand, Daseinsvorsorge wird heruntergeschraubt – Bürgerinnen und Bürger werden auf Angenehmes verzichten müssen.

Foto: Zelck



Schwerpunkt

Große Löcher

Zur aktuellen finanziellen Situation der Städte und Gemeinden

Von Andreas Wohland

Die Finanzsituation in den Städten, Gemeinden und Kreisen des Landes Nordrhein-Westfalen ist katastrophal. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, dass sich die kommunalen Haushalte derzeit in der schlechtesten Verfassung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland befinden.

Die diesjährige Haushaltsumfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW für 2002 und 2003 zeigt, dass sich die negative Entwicklung der Kommunalfinanzen seit dem Jahr 2000 unvermindert fortsetzt. Die weiterhin katastrophale Einnahmesituation, stetig steigende Kosten für Pflichtaufgaben und – trotz aller Bekenntnisse von Bund und Land – zusätzliche finanzielle Belastungen haben dazu geführt, dass in diesem Jahr nicht einmal jede zehnte Kommune in NRW ohne Eingriffe in die Substanz ihren Haushalt ausgleichen kann.

Die neuerliche Verschlechterung der finanziellen Situation gegenüber dem Vorjahr zeigt sich insbesondere beim Anstieg der Zahl der Städte und Gemeinden, die ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufstellen müssen, d. h., bei denen die Einnahmen die laufenden Ausgaben im Haushalt nicht decken. Waren es im Haushaltsjahr 2002 noch 78 Kommunen, so sind in diesem Jahr bereits mehr als 140 der befragten Mitgliedskommunen zu diesem Schritt gezwungen. Dies ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von knapp 80 Prozent. Die kreisfreien Städte befinden sich fast ausnahmslos in der Situation der Haushaltssicherung.

Nicht weniger Besorgnis erregend ist die Tatsache, dass voraussichtlich in 52 Fällen das vorgelegte HSK durch die Kommunalaufsicht nicht genehmigt werden wird, sodass die betroffenen Kommunen sogar noch strengeren haushaltsrechtlichen Restriktionen unterliegen. Diese Städte und Gemeinden dürfen nur noch rechtlich verpflichtende oder unaufschiebbare Ausgaben tätigen, d. h., der gesamte Bereich der freiwilligen Aufgaben ist für sie grundsätzlich tabu.

Das Finanzierungsdefizit steigt sprunghaft an – von 510 Mio. € im Jahr 2000 auf 2,1 Mrd. € im Jahr 2001 und katastrophale 3 Mrd. € im Jahr 2002. Eine solche Bilanz hat es in Deutschland noch nicht gegeben. Immer mehr Städte und Gemeinden finanzieren ihr Personal



*Fordert Bund und Länder auf, ihre Verantwortung stärker wahrzunehmen:
Andreas Wohland,
Finanzreferent beim Städte- und Gemeindebund NRW.*



über Kassenkredite – Geld, das für Investitionen und damit für Wachstum und Arbeitsplätze fehlt. Alle Einnahmequellen der Kommunen sind in den letzten zwei Jahren rückläufig. Nach der jüngsten Steuerschätzung haben die Kommunen in NRW allein im Jahr 2002 gut 830 Mio. € an Steuereinnahmen verloren. Im Jahr 2003 werden es fast 910 Mio. € sein.

Gegenläufig zu der Einnahmesituation steigen die kommunalen Ausgaben, insbesondere für soziale Leistungen, unaufhaltsam an. Der ungebremste Anstieg der kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen von 6,4 Mrd. € im Jahr 1990 auf 8,7 Mrd. € im Jahr 2003 ist für die Kommunen vor dem Hintergrund der Einnahmesituation nicht länger zu verkraften. Allein in den zurückliegenden drei Jahren stiegen die kommunalen Sozialausgaben in NRW um rund 35 Prozent. Die Bundespolitik belastet die kommunalen Haushalte aber weiter durch die Gesetzgebung im Sozialbereich. Durch das Grundsicherungsgesetz werden die Kassen der NRW-Kommunen mit rund 300 Mio. € belastet.

Die demografische Entwicklung verschärft den Druck auf die Rentenversicherung. Es besteht damit die Gefahr, dass die Leistungen der Grundsicherung immer stärker in Anspruch genommen werden. Das finanzielle Risiko tragen dabei die Kommunen. Die bisherigen sozialen Leistungen sind nicht mehr im vollen Umfang finanzierbar. Der Politik wird zunehmend die Aufgabe zukommen, die Notwendigkeit von Leistungseinschränkungen zu vermitteln. Dazu gehört zuerst die



Foto/Montage: Zelck

Das Modell der Kostenteilung zwischen Kreis und Kommune bei der Sozialhilfe hat sich dabei aus Sicht der Städte und Gemeinden bewährt. Wo eigenes Geld im Spiel ist, wird genauer geprüft, welche Ansprüche auf Sozialhilfe berechtigt sind. Noch mehr Verwaltungskosten ließen sich sparen, wenn mehr Leistungen als Pauschale gewährt werden könnten. Auch bei dem Bemühen, Menschen mit problematischer Biografie wieder in Arbeit zu bringen, haben die Kommunen Erfolge erzielt. Eine Lösung für die ausufernden Soziallasten kommt jedoch nur zustande, wenn Bund und Länder ihre Verantwortung wieder stärker wahrnehmen.

Ein Hoffnungsschimmer für die Städte und Gemeinden ist die von Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung vom 14. März d. J. angekündigte und von der Gemeindefinanzreformkommission vorgeschlagene Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger in einem neuen eigenständigen Leistungsrecht in Finanzverantwortung des Bundes. Mit einem solchen Schritt könnten die Kommunalhaushalte bundesweit um mehrere Milliarden Euro entlastet und wieder in den Stand versetzt werden, stärkere Impulse im Bereich der freiwilligen sozialen Leistungen zu setzen. ◀

notwendige Ehrlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Mit immer weniger Steuern können nicht immer bessere Leistungen der Kommunen erbracht werden. Nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch finanzierbar.

Einschränkungen und Schließungen

Die Städte und Gemeinden werden bei anhaltend schwieriger finanzieller Situation nicht umhinkommen, immer mehr Schulen, Büchereien, Sportplätze und Schwimmbäder zu schließen. Weitere Einschränkungen bei der Suchtberatung, der Vereinsförderung, der Jugendarbeit oder der Schuldnerberatung werden unausweichlich sein.

Dieses Schreckensszenario soll jedoch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass auch weiterhin derjenige, der allein nicht zurechtkommt, Hilfe in der Gemeinschaft findet. Immer schon war diese Gemeinschaft zuallererst die Familie, die Nachbarschaft, die Berufsgruppe, der Verein. Wenn deren Hilfe nicht reicht, ist auch immer schon die Gemeinschaft aller – eben die Stadt oder die Gemeinde – eingesprungen. Unterstützung Bedürftiger ist von jeher eine kommunale Aufgabe, die mit öffentlichem Geld und professionellem Sachverstand bewältigt wird. Unter dem Druck der knappen Finanzen haben die Städte und Gemeinden in NRW bereits Beachtliches geleistet, um diese kommunale Aufgabe der Sozialhilfe bzw. die Sozialpolitik als Ganzes weiterhin auf hohem Niveau anbieten zu können.

Jugendhilfe-Leistungen ausschreiben?

Die Ausschreibung von Jugendhilfe-Leistungen und die Vergabe an den kostengünstigsten Anbieter gelten bei einigen Kommunen als weiterer Weg, um Kosten zu sparen. In einem Beitrag für die Zeitschrift „Städte- und Gemeinderat“ (Nr. 7-8/2003) wird diese Frage untersucht. Die Autoren kommen zu folgendem Fazit:

- „1. Rechtlich gesichert ist nur, dass es keine gesetzliche Verpflichtung zur Ausschreibung von Jugendhilfe-Leistungen gibt.
2. Es gibt keine abschließende rechtliche Bewertung über die Zulässigkeit von Ausschreibungen für Jugendhilfe-Leistungen und der gegebenenfalls anzuwendenden vergaberechtlichen Vorschriften.
3. Erfahrungen der öffentlichen Träger der Jugendhilfe, die Jugendhilfe-Leistungen ausgeschreiben hatten, sind durchweg negativ. Vor allem ist das Ziel der Kostenreduzierung nicht erreicht worden.“

Der gesamte Artikel kann nachgelesen werden in der Zeitschrift „Städte- und Gemeinderat“ (Nr. 7-8/2003), erhältlich u. a. bei: StGB NRW, Kaiserswerther Str. 199-201, 40474 Düsseldorf, Tel.: 02 11 / 45 87-1.



Schwerpunkt

Einmischen

In den Haushaltsdebatten kann und muss die Rolle der Sozialpolitik wieder gestärkt werden

Von Heinz-Josef Kessmann

In der Diagnose gibt es eine breite Übereinstimmung: Die Lage der kommunalen Finanzhaushalte wird immer aussichtsloser. Dies sagen die kommunalen Spitzenverbände als Interessenvertreter der Kreise, Städte und Gemeinden, dieser Aussage stimmen aber auch die Bundesregierung und die Landesregierungen zu, unabhängig davon, welche politische Partei die Regierungsverantwortung trägt.

Im „Düsseldorfer Signal für Erneuerung und Konzentration“ liest sich dies dann so: „Die Haushaltssituation der Gemeinden und Städte gefährdet die Erbringung wichtiger Leistungen der Daseinsvorsorge für die Bürger. Eine grundlegende Verbesserung der Finanzen der Kommunen ist erforderlich.“

Dieses Zitat macht auch direkt deutlich, wie die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege, also auch der Caritasverbände, durch diese Entwicklung berührt wird: Die Erbringung wichtiger Leistungen der Daseinsvorsorge ist gefährdet. Dies kann uns als Caritas in zweifacher Hinsicht nicht egal sein:

- ▶ Die Caritas versteht sich von ihrem Ziel her vor allem als Anwalt der Benachteiligten und der Menschen in Not. Diese Personengruppen sind in besonderer Weise darauf angewiesen, dass die Leistungen der Daseinsvorsorge im lokalen Kontext vorgehalten werden.
- ▶ Die Caritas ist aber auch ein wichtiger Anbieter dieser Leistungen der Daseinsvorsorge. Ihre Funktion kann die Caritas aber nur dann verlässlich wahrnehmen, wenn die Finanzierung dieser Leistungen – sei es nun über Zuwendungen oder über Entgelte – sichergestellt ist.

Analysiert man die Besorgnis erregende Entwicklung der öffentlichen Haushalte auf kommunaler Ebene etwas genauer, so lässt sich eine Vielzahl von Ursachen benennen, die gemeinsam zu diesem Prozess beigetragen haben. Die zentralen Faktoren sind dabei meiner Meinung nach evident:

- ▶ **Die demografische Entwicklung**
Die zunehmende Zahl älterer pflegebedürftiger Men-

schen stellt unter finanzpolitischen Aspekten für die Kommunen eine wichtige Herausforderung dar, da diese sowohl für die Investitionsfinanzierung im Bereich der stationären Altenhilfe als auch für die Vorhaltung der notwendigen komplementären ambulanten Angebote Verantwortung tragen.

▶ **Die allgemeine wirtschaftliche Situation**

Die schlechte Lage der Wirtschaft in Deutschland führt nicht nur dazu, dass das allgemeine Steueraufkommen – und damit auch die Einnahmen der Kommunen – weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Die damit verbundene anhaltend hohe Arbeitslosigkeit führt auch zu einem gleichzeitigen Anstieg der Ausgaben im Bereich der Sozialhilfe und der existenzsichernden sozialen Dienste.

▶ **Die Lage der übrigen öffentlichen Haushalte**

Die schwierige Haushaltslage der Kommunen ist keineswegs singulär, sondern sie wird durch die gleichzeitigen Haushaltsprobleme des Bundes und der Länder noch verstärkt. Trotz vollmundiger Erklärungen zum so genannten Konnexitätsprinzip (wer die Aufgabe hat,



„Geld ist an vielen Stellen noch vorhanden.“
Heinz-Josef Kessmann,
Diözesan-Caritasdirektor
im Bistum Münster.





soll auch das Geld erhalten) ist immer wieder zu beobachten, dass der Bund Aufgaben an die Länder weitergibt, ohne für den nötigen finanziellen Ausgleich zu sorgen. Das Gleiche geschieht dann natürlich auf der Ebene darunter, wenn das Land seinerseits Aufgaben ohne finanzielle Gegenleistung auf die Kommunen verlagert. Besonders häufig sind solche Aufgabenverlagerungen in den Bereichen, in denen das Land bisher eine so genannte freiwillige Leistung – das heißt ohne gesetzlichen Auftrag – erbracht hat. So berechtigt eine solche Aufgabenverlagerung dann auch sein mag, die notwendigen finanziellen Ressourcen stehen auf kommunaler Ebene einfach nicht mehr zur Verfügung. Allzu oft bedeutet dies dann, dass die entsprechende Leistung ohne weitere Debatte entfällt (vgl. die Diskussion um die komplementären ambulanten Dienste im Bereich der Pflegeversicherung).

Diese Faktoren, die in ihrer Entstehung, aber auch in ihrer Wirkung noch einmal eng zusammenhängen, führen dazu, dass auf kommunaler Ebene ein finanzpolitischer Spielraum häufig kaum mehr zu erkennen ist. Immer häufiger müssen Kommunen ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen, neue Herausforderungen können

dann kaum angemessen angegangen werden. Kommunalpolitiker beklagen in dieser Situation oft „das Ende der kommunalpolitischen Selbstverantwortung“.

Natürlich gerät in den Kommunen bei der Suche nach entsprechenden Einsparmöglichkeiten immer wieder auch der Bereich der sozialen Leistungen in den Blick von Politik und Verwaltung. Wenn bestimmte Leistungen sich nicht als so genannte freiwillige Leistungen ganz streichen lassen, wird in der Regel als Nächstes gefragt, ob ein bestimmtes Angebot „wirklich so teuer sein muss“. Zwei Strategien stehen dabei im Mittelpunkt kommunalpolitischen Handelns:

► Die Verstärkung wettbewerblicher Steuerungsformen

Ausschreibungsverfahren in der Sozial- und Jugendhilfe, Einkaufslösungen, Budgetierung etc. – durch solche marktähnlichen Verfahren soll versucht werden, Leistungen zu günstigeren Konditionen für den öffentlichen Träger sicherzustellen. Leider dominiert bei solchen Verfahren häufig allein das Kostendenken; sozial- bzw. jugendhilfespezifische Grundprinzipien wie zum Beispiel Pluralität der Wertorientierungen, Qualifikation der eingesetzten Fachkräfte, fachliche Standards der Leistungserbringung geraten allzu leicht aus dem Blick.

► Die Reduzierung vorgegebener Standards

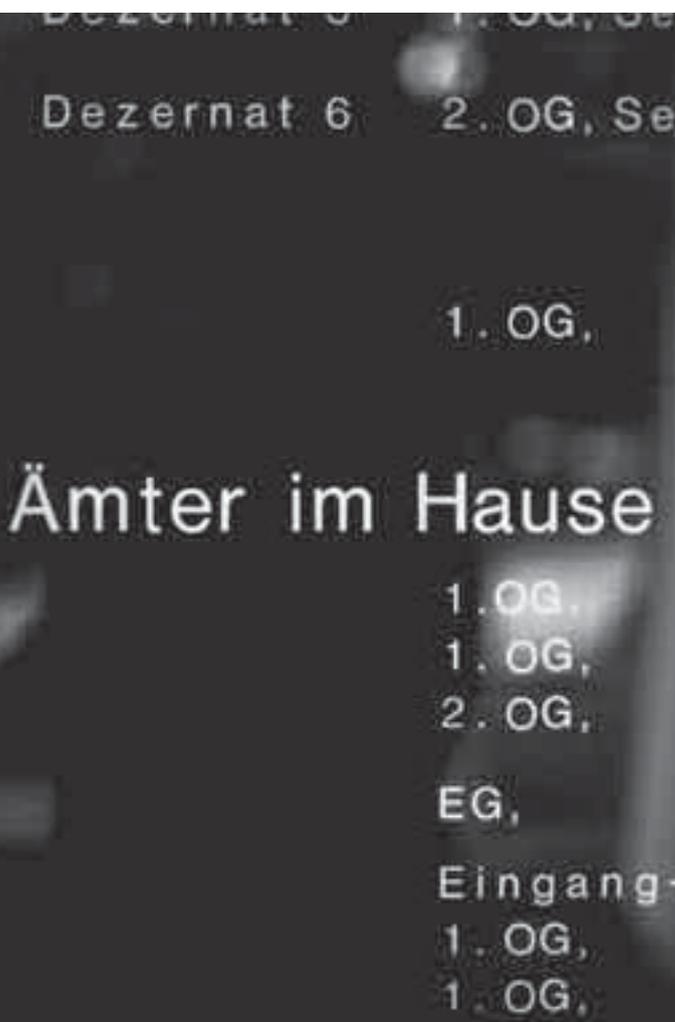
Immer wieder wird gerade von kommunaler Seite versucht, mit dem Argument des „Abbaus überflüssiger bürokratischer Regelungen“ bewährte fachliche Standards zu reduzieren. Ein Beispiel hierfür ist die Streichung des Genehmigungsvorbehaltes des Landesjugendamtes bei Überschreitung der Gruppenstärke in Tageseinrichtungen für Kinder. Auch hier sticht allein das Kostenargument; fachliche Notwendigkeiten werden hintangestellt.

In dieser Situation muss die Freie Wohlfahrtspflege, muss die Caritas Strategien finden, die ihrem doppelten Anspruch als Anwalt der Benachteiligten und Menschen in Not und als Träger sozialer Dienste gerecht werden. Dabei kann es auch zukünftig nicht hilfreich sein, sich gegen jede Kürzung, gegen jede Veränderung

Foto/Montage: Zelck

Neue Kampagne

Die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege hat auch in diesem Jahr eine gemeinsame Kampagne „NRW, bleib sozial!“ gestartet, mit der auf die negativen Auswirkungen massiver Kürzungen in den Sozialhaushalten für das soziale Klima in Nordrhein-Westfalen hingewiesen werden soll. Diese Kampagne richtet sich nicht allein an das Land, sondern sie soll gleichzeitig auch der Rahmen für entsprechende Aktionen der kommunalen Ebene sein. Mit dieser gemeinsamen Aktion bieten die Spitzenverbände erneut ihre Unterstützung für die Aktionen vor Ort an.





Schwerpunkt

Kranke Kommunen

- ▶ in unserem Tätigkeitsfeld auszusprechen. Nicht jede sozialpolitische Leistung ist von vornherein unverzichtbar, Kriterium muss das Wohl der betroffenen Menschen sein. In den Kommunen – wie auf Landes- und Bundesebene – können auf Dauer nicht mehr Mittel für sozialpolitische Zwecke zur Verfügung stehen, als durch Steuereinnahmen langfristig verfügbar sind. Auch wenn sich dies für einen Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege ungewohnt anhören mag: Nur durch eine Stärkung wirtschaftlicher Wachstumsprozesse kann der sozialpolitische Handlungsspielraum mit anhaltender Wirkung vergrößert werden.

Diese Argumente dürfen natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass man als Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege auch nicht vorschnell dem allgegenwärtigen Argument des Sparzwanges aufsitzen darf: Geld ist an vielen Stellen noch vorhanden, wie ja die häufig kritisierten Metrorapid-Planungen in Nordrhein-Westfalen einmal mehr gezeigt haben. Ohne große politische Debatte sind hier mindestens 45 Mio. Euro Planungskosten aus dem Landeshaushalt bezahlt worden, die an anderer Stelle sicherlich sehr viel Positives hätten bewirken können.

Dieses Beispiel macht deutlich, dass Haushaltspolitik – auch in der Kommune – immer noch eine Politik des

Abwägens ist: Wie wichtig ist eine bestimmte Aufgabe? Und: Wie wichtig ist diese Aufgabe im Vergleich mit anderen, um das gleiche Geld konkurrierenden Aufgabenfeldern?

Und in diesen Prozess des Abwägens muss sich die Caritas einbringen. Zusammen mit den anderen Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege muss es auf allen Ebenen darum gehen, in den Haushaltsdebatten die Rolle der Sozialpolitik zu stärken. Trotz aller Anerkennung der gegebenen Sparnotwendigkeiten muss gerade die Caritas deutlich machen, wo weiteres Sparen zur sozialen Ausgrenzung von benachteiligten Personengruppen führt.

Keine Eigenmittel

In den konkreten Haushaltsberatungen, die in diesen Wochen und Monaten anstehen, werden wir dieses Ziel nur dann erreichen, wenn wir für die politisch Verantwortlichen nachvollziehbar aufzeigen können, welche Leistungen gegen gesellschaftliche Ausgrenzung bestimmter Personengruppen unsere Einrichtungen und Dienste erbringen. Wir werden zeigen müssen, aber auch zeigen können, welche positiven Effekte für den Erhalt des sozialen Miteinanders ein vollständiges Netz von Beratungs- und Unterstützungsleistungen hat. Und wir werden möglicherweise reagieren müssen, wenn es uns trotz aller Bemühungen nicht gelingt, für bestimmte Dienste und Leistungen eine angemessene Refinanzierung sicherzustellen. Caritas und Kirche können mit ihren Eigenmitteln ausfallende öffentliche Mittel keinesfalls ersetzen. Im Gegenteil: Es wird notwendig sein, bereits im Vorfeld von Haushaltsberatungen der öffentlichen Hand deutlich zu machen, welche Leistungen ohne öffentliche Zuwendungen nicht aufrechterhalten werden können. Nur so können wir dann, wenn es so weit ist, auch sagen, wer die politische Verantwortung für die Schließung von Diensten und Einrichtungen trägt.

Dies jedoch – die Schließung von Diensten und Einrichtungen – kann und darf nicht das Ziel der anstehenden Debatten sein. Vielmehr muss es der Caritas auf allen Ebenen – im Land und in den Kommunen – gelingen, die politisch Verantwortlichen davon zu überzeugen, dass trotz schlechter Haushaltslage soziale Dienstleistungen notwendig sind, um soziale Ausgrenzung und Existenzkrisen zu vermeiden. Gerade in wirtschaftlich prekären Situationen führt der Abbau sozialer Standards zur Verschärfung von Armut und Hilfsbedürftigkeit. Dem gilt es gemeinsam entgegenzuwirken. ◀

Viele Kommunen reagieren auf die Finanzkrise mit der Schließung von Büchereien, Sportplätzen und Schwimmbädern.

Foto: Zelck



Bis vor Gericht

Gelsenkirchen: Caritas verklagt die Stadt auf Gleichbehandlung bei Zuschüssen

Der Caritasverband in Gelsenkirchen hat die Stadt Gelsenkirchen verklagt. Ziel ist es, endlich eine Gleichbehandlung bei den Zuschüssen für die psychosoziale Betreuung seelisch Kranker zu erreichen. Zuletzt erhielt die Caritas-Beratungsstelle TREFFPUNKT im Süden der Stadt 25 000 Euro, während die andere Beratungsstelle im Norden mit 130 000 Euro jährlich bezuschusst wurde.

Der Hintergrund: Die psychosoziale Betreuung seelisch Kranker gilt nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG, siehe aber auch ÖGDG – Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst) als kommunale Pflichtaufgabe. Sie wird in Gelsenkirchen subsidiär durch Träger der Freien Wohlfahrtspflege wahrgenommen. Der TREFFPUNKT ist also wesentlicher Bestandteil der erforderlichen gemeindenahen psychiatrischen Grundversorgung. Er leistet im Süden der Stadt als einzige Kontakt- und Beratungsstelle Voll- und Basisversorgung in Form einer Ganztagsbetreuung an allen Werktagen und nach Vereinbarung am Abend und Wochenende.

Seit Jahren jedoch fühlt sich die Caritas bei den Finanzzuweisungen benachteiligt. So stellte die Stadtverwaltung im Jahr 2002 für diesen Bereich insgesamt rund 180 000 Euro zur Verfügung. Rein rechnerisch müssten also pro Kontakt- und Beratungsstelle zwei Stellen zu BAT 4b sowie 10 Prozent Sachkosten, insgesamt jeweils 90 000 Euro, gezahlt werden. In der Realität gingen an den Nienhof im Norden 130 000 Euro, der Caritas-TREFFPUNKT und eine Einrichtung der Diakonie erhielten jeweils 25 000 Euro.

Diese ungleiche Mittelzuweisung widerspreche dem Gleichheitsgrundsatz, argumentiert die Caritas und verweist auf ein entsprechendes Urteil des Oberverwaltungsgerichts NRW. Das Gericht hatte festgestellt, dass Verteilungsentscheidungen nach einem festgesetzten Haushaltsplan, die bei der Verteilung von Fördermitteln ungleiche Grundsätze und Maßstäbe anlegen, gleichheits- und rechtswidrig sind (Az. 3045/99).

Mit der Klage versucht der Caritasverband durchzusetzen, was politisch bislang blockiert wurde. Historisch begründet hatte der Nienhof als so genannter armer

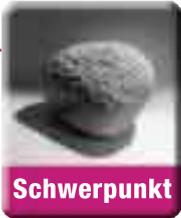
Träger höhere Zuschüsse erhalten. Doch in Zeiten sinkender Kirchensteuermittel kann die Caritas die hohen Eigenmittelanteile nicht länger tragen. „Wenn unsere Einrichtungen nicht adäquat gefördert werden, wird man irgendwann überlegen, ob man sich den TREFFPUNKT noch leisten kann“, fürchtet Christian Stockmann, Leiter der Einrichtung. Die Konsequenz wäre die Schließung. Das ginge zunächst zu Lasten der Betroffenen, dann müsste die Stadt mit hohem Aufwand eigene Versorgungsstrukturen aufbauen.

Dabei ist die Arbeit des TREFFPUNKTS hoch anerkannt (siehe auch Caritas in NRW 5/2001). So argumentierte Stockmann zunächst fachlich, überzeugte die Stadt von der qualitativ hochwertigen Arbeit, so dann führte er mit wissenschaftlicher Begleitung ein Qualitätsmanagementverfahren ein. Und politisch beharrte die Caritas auf Gleichbehandlung. Zunächst scheinbar mit Erfolg: Gelsenkirchens Stadtverwaltung sprach sich dafür aus, ab 2003 die Zuschüsse schrittweise anzugleichen. Die CDU-Ratsmehrheit schien dem folgen zu können, doch die Entscheidung wurde an den Rats-Ausschuss Gesundheit und Soziales delegiert. Und dort entschied eine rot-grüne Mehrheit für die Beibehaltung des bisherigen Förderverfahrens. Caritas-Direktor Edmund Ernst beklagte sogar in der örtlichen Zeitung, dass die Caritas traditionell seit Jahrzehnten von der Stadt benachteiligt werde. Jetzt spricht das Gericht. Und das Urteil könnte Folgen haben weit über Gelsenkirchen hinaus. ◀

Markus Lahrmann



*Kämpft seit Jahren um den Erhalt der Einrichtung:
Christian Stockmann,
Leiter des TREFFPUNKTS.
Foto: Lahrmann*



Schwerpunkt

Anschluss halten ... mitgestalten!

Kommunale Entwicklungen fordern die Freie Wohlfahrtspflege heraus

Von Peter Renzel

Die Freie Wohlfahrtspflege in Nordrhein Westfalen steht vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte. Es geht nicht mehr nur darum, Not, Elend, Armut und Behinderung auszugleichen, sondern auch in Zukunft gestalterische Kraft im Land und auf kommunaler Ebene zu sein.

Dabei ist die Frage nach der Doppelfunktion der örtlichen Verbände und Untergliederungen der Freien Wohlfahrtspflege schon längst beantwortet: Sie sind Träger von Diensten und Einrichtungen auf der einen und sozialpolitische Akteure auf der anderen Seite. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege auf der Landesebene sind zuerst politische Akteure und Vertreter der Interessen ihrer Mitglieder.

Kommunalisierung

Vor kurzem prophezeite ein hochrangiger Caritas-Mitarbeiter, dass „wir vor dem Trend zur Kommunalisierung stehen, weil das Land pleite ist. Vor Ort fühlen sich unsere Verbände so ohnmächtig, weil die Kommunen auch pleite sind und die soziale Infrastruktur mehr und mehr zerstört wird.“

Diese Feststellung ist symptomatisch. Symptomatisch deshalb, weil zunehmende Kommunalisierung schon seit Jahren stattfindet. Immer noch aber gibt es keine ausreichende Antwort der Freien Wohlfahrtspflege auf die veränderte Rolle der Spitzenverbände auf Landesebene, wenn – ordnungspolitisch sicherlich richtig – die Zuständigkeit für die Refinanzierung einzelner Leistungsbereiche, die ausschließlich auf der Ebene der Kommunen erbracht werden, auf die kommunale Ebene verlagert wird oder auch Kostenträger auf der Landesebene direkt mit den Leistungserbringern der Freien Wohlfahrtspflege auf der kommunalen Ebene verhandeln und Absprachen treffen.

Wenn die Spitzenverbände Klammer des sozialpolitischen Engagements aller beteiligten Akteure der

Freien Wohlfahrtspflege in NRW sein wollen, müssen sie die strategischen Zielrichtungen mit den örtlichen Akteuren entwickeln, festlegen und dann auf der Landesebene sozialpolitisch verhandeln – das gilt auch für den notwendigen Streit zur Erhaltung der fachlichen Standards. Hierbei ist vornehmlich die politische und weniger die verwaltungsadministrative Steuerungsebene Adressat einer wirkungsorientierten sozialpolitischen Interessenvertretung durch die Freien Träger der Wohlfahrtspflege.

Jeder Spitzenverband in NRW wird das Profil seiner Funktion und seiner Aufgaben in Bezug auf die jeweiligen örtlichen Verbände oder Untergliederungen schärfen und etablieren müssen. Gleichzeitig werden die örtlichen Verbände und Untergliederungen ihre Kooperation mit den Spitzenverbänden verbindlich gestalten und so die „Transportwege“ zur landespolitischen Interessenvertretung ausbauen und befestigen müssen. Ansonsten funktioniert das System der sozialpolitischen Interessenvertretung nur noch ungenügend.

Krise der öffentlichen Haushalte

Die Finanznot des Landes geht einher mit den Haushaltskrisen der Kommunen in NRW. Trotz der überall ersehnten Reform der Gemeindefinanzierung wird es bei erheblichen strukturellen Defiziten in den kom-



Foto/Montage: Zelck

die öffentliche Verwaltung sich in einer Neuabgrenzung zur bürgerschaftlichen Eigenverantwortlichkeit auf Kernaufgaben des Sicherheits-, Ordnungs- und Finanzwesens beschränken wird und die sonstigen „Gewährleistungsaufgaben“ (Soziales, Gesundheit, Bildung und Infrastruktur) gegenüber dem Bürger reduziert werden.

In der öffentlichen Verwaltung würde dann eine „Make or buy“-Neuorientierung notwendig. Die Organisationsformen der Dienstleistungen müssten im Hinblick auf Effektivität, Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsausrichtung neu gestaltet werden in Form von Eigenbetrieben, Konzerngesellschaften, Public-Privat-Partnership-Gesellschaften, Outsourcing oder vollständiger Privatisierung, wobei eine Privatisierung um jeden Preis von den Experten nicht empfohlen wird (vgl. Bericht der Regierungskommission NRW: „Zukunft des öffentlichen Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft“, Vorsitzender: Prof. Dr. Bull, 01/2003).

Wenn sich die öffentliche Verwaltung grundsätzlich so ausrichten würde, wird sie trotzdem die erwünschten Qualitäts- und Kundenziele sowie die Finanz- und Wirtschaftlichkeitsziele abzuwägen haben.

Sie hat weiterhin die Verpflichtung zur Gewährleistung der Daseinsfürsorge. Deshalb wird die öffentliche Verwaltung in der Debatte um den Umfang und die Organisation staatlicher Aufgaben weiterhin das Ziel verfolgen, die Steuerungsfähigkeit zu erhalten.

Um diesen Entwicklungen wirkungsvoll begegnen zu können, werden die Verbände vor Ort mehr sozialpolitische Wirkung und Kostensenkung durch strategische Allianzen und Fusionen vollziehen müssen. Es wird in Zukunft darum gehen müssen, Koalitionen zwischen mehreren rechtlich selbstständigen Unternehmungen mit dem Ziel einzugehen, die individuellen Stärken zu vereinen. Dies kann auch als eine Reaktion auf zurzeit laufende Fusionen und Allianzen im politischen und wirtschaftlichen Raum sein, um hier ein sozialpolitisches Gegengewicht zu bilden.

Die Verbände werden ihre gesellschaftspolitische Funktion in der Kommune reflektieren und neu bestimmen müssen, wenn sie nicht als rein wirtschaftlich orientierte Dienstleistungsunternehmungen auf dem „Markt der sozialen Dienstleistungen“ wachsen oder untergehen wollen.

Ein letzter Hinweis zum Thema Geld: Die Debatten bezüglich der Auswirkungen des europäischen Beihilferechts auf die Stellung gemeinnütziger Anbieter sozialer Dienstleistungen in Deutschland und die damit



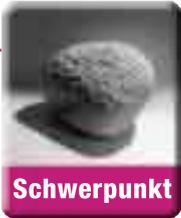
Peter Renzel ist Leiter des Jugendamtes der Stadt Essen. Er war von 1993 bis 2002 Leiter des Referates Jugendhilfe beim Diözesan-Caritasverband Essen.

munalen Haushalten bleiben. Trotz kreativster Haushaltsführung wird es bei den vor uns allen stehenden „Konsolidierungsrunden“ noch mehr als heute ans „Eingemachte“ gehen.

Veränderungsprozesse, die sich aus diesen rein fiskalischen Gründen ergeben, werden die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in den Kommunen mehr als je zuvor herausfordern. Dabei kann das korporatistische Weltbild gelegentlich erschüttert werden, weil weiter zunehmend marktähnliche Szenarien um sich greifen. Die Themen stehen seit langem auf der Agenda: wirksamkeitsorientierte Steuerung, Qualitätsentwicklung, fachlich regulierte Qualitätswettbewerbe in unterschiedlichen Leistungsbereichen, Fachcontrolling, Budgetierung, Preisvergleiche und mehr.

Träger aller Leistungsbereiche werden sich damit nicht nur auf Workshops und Fachtagungen auseinander setzen, sondern in der Realität der Steuerung ihrer Unternehmungen. Die Träger von Krankenhäusern oder Altenheimen und teilweise auch von Heimen in der Jugendhilfe wissen schon längst, was in den nächsten Jahren auf alle anderen Träger zukommt.

Auf Grund der wirtschaftlichen Situation und der weiteren Modernisierung der Verwaltungsstrukturen und des weiteren Abbaus von Bürokratie wird sich in den nächsten Jahren in vielen Kommunen entscheiden, ob



- ▶ einhergehenden Konsequenzen werden von den Verbänden vor Ort unter strategischen Gesichtspunkten anscheinend nicht diskutiert – zumindest wird diese europäische Dimension in der sozialpolitischen Interessenvertretung der Freien Wohlfahrtspflege auf kommunaler Ebene nicht auffällig.

Demografische Entwicklung

Schon seit Anfang der 70er Jahre liegt in Deutschland die Zahl der Sterbefälle über der der Geburten, eine Entwicklung, die lange Zeit durch Zuwanderung aus dem Ausland überdeckt worden ist.

Obwohl der natürliche Bevölkerungsrückgang also kein neues Phänomen ist, steht die Frage nach den Auswirkungen erst seit kurzem, oft unzureichend und erst mit dem Bewusstsein schrumpfender Wirtschaftsprozesse im Fokus des öffentlichen Interesses.

Unter dem eher negativ besetzten Begriff „schrumpfende Stadt“ werden in vielen Kommunen zurzeit Szenarien für die Stadtentwicklung diskutiert. Zu berücksichtigen sind

- der Einwohnerrückgang bzw. Entleerungsprozesse in einigen Städten
- der Rückgang der Geburtenrate und somit ein Altern der Gesellschaft
- die Veränderungen der Haushalts- und Familienstrukturen
- der Rückgang des Anteils deutscher Bevölkerung und der damit einhergehende wachsende Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund
- der Rückgang kommunaler und privater Finanzen

und damit fehlende Investitionen für die Stadtentwicklung.

In den Kommunen sollten neben den Sorgen und Nöten auch die Chancen mancher Phänomene in den Blick genommen werden, die ebenfalls hinter den Szenarien liegen. Denn diese Veränderungen werden die Zukunft unserer Gemeinwesen beeinflussen.

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege müssen diesen Prozess aus ihrer Sicht und Aufgabenstellung mitgestalten und mitprägen. Dabei wird die Entwicklung der kommunalen Infrastruktur und der damit verbundenen Finanzentwicklung ein Schwerpunkt sein, aber auch die Beiträge der Freien Wohlfahrtspflege zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes. Die Entwicklung des Wohnungsmarktes wird alle Akteure genauso herausfordern, weil der zunehmende Leerstand das soziale Zusammenleben in einer Gemeinde beeinflussen wird. Soziale Problemlagen konzentrieren sich in den Städten in bestimmten Räumen. Soziale Ungleichheit verstärkt sich.

Dies sind nur einige Beispiele, die die Herausforderungen kennzeichnen sollen. Das Einzige, was zurzeit sicher scheint, ist ein beständiger und rascher Wandel. Es ist eine Illusion, dass nach den begonnenen Diskursen zu den Reformen der sozialen Sicherungssysteme wiederum eine Phase der Ruhe eintreten wird. Die „Agenda 2015“ wirft schon ihre Schatten voraus – der beständige Wandel bleibt also sicher. In diesen Prozessen müssen die strategischen Ziele im Vordergrund stehen. Managementkonzepte folgen diesen – und nicht umgekehrt. ◀

Schwarzer Peter

Der schwarze Peter wird den Wohlfahrtsverbänden zugeschoben

Rechtsansprüche bleiben – aber für deren Erfüllung gibt es kein Geld mehr. Das Land streicht die Mittel, die Kommune will oder kann nicht einspringen, der Caritas-Mitarbeiter in der Beratungsstelle vor Ort muss erklären, dass er nicht mehr helfen kann. Das Ende der Kette ist erreicht, und da bleibt der schwarze Peter hängen. Die Kostenträger schieben ihn immer öfter den Freien Wohlfahrtsverbänden zu, erklärt Peter Frings, Justitiar im Diözesan-Caritasverband Münster.

Von den Rechtsansprüchen will sich die öffentliche Hand nicht verabschieden. Vom Gesetz her gibt es die Hilfe noch. Aber über Leistungspauschalen und Budgets „werden die Zugänge erschwert“, sagt Frings. Auf den ersten Blick erscheinen die neuen Verträge zwischen öffentlicher und Freier Wohlfahrtspflege, die mancherorts ausgehandelt werden, gar nicht so ungünstig. Doch was passiert, wenn auskömmliche Pauschalen pro Fall vereinbart sind, aber das örtliche Jugendamt keine Fälle mehr schickt? Das Risiko trägt der Caritasverband – bis hin zur Entlassung von Mitarbeitern und Schließung von Einrichtungen und Diensten.

Problematisch ist auch der Ansatz der Ausschreibungen, wie sie beispielsweise der Kreis Steinfurt für die Sozi-

alpädagogische Familienhilfe plant. Die Bedingungen sind so formuliert, dass die Kreisverwaltung den Bedarf steuern kann und den „Gewinner“ des Verfahrens in der Hand hat. Heinz Briefs, Referatsleiter regionalisierte und wirtschaftliche Beratung im Diözesan-Caritasverband Münster, sieht darin einen Zwang zur Strukturveränderung: „Das Angebot muss kreisweit sein, wobei eine dezentrale Organisationsstruktur garantiert werden muss.“ Zurzeit bieten allein vier Caritasverbände ihre Leistungen regional an. Sie könnten sich nur gemeinsam an der Ausschreibung beteiligen.

Ob es ratsam ist, sich an solchen Ausschreibungen überhaupt zu beteiligen, erscheint Frings und Briefs zweifelhaft. Denn ob es tatsächlich Aufträge geben wird, ist nicht festgelegt. Außerdem führt das Verfahren zu einer Monopolisierung. Damit wird aber der Verband, der den Dienst übernimmt, „zum Spielball der Kommunen und Kreise“.

Tendenzen, über Verfahren aus der Wirtschaft Kosten reduzieren zu wollen, gibt es auch in anderen Bereichen. So will der Landschaftsverband Westfalen-Lippe eventuell den Transport behinderter Menschen in die Werkstätten europaweit ausschreiben. Bislang organisieren dies die Werkstätten und Wohnheime selbst.

Heinz Briefs hat kein grundsätzliches Problem mit Ausschreibungen. Der Haken ist nur, dass es hier rein um Kostengründe geht. „Wir reden nicht mehr über Qualität.“ Im Ergebnis führen die Ausschreibungen unter anderem dazu, dass ein Träger kaum noch dauerhaft Fachkräfte beschäftigen kann, sondern oft nur begrenzt auf zwei Jahre. Angesichts der Tatsache, dass der Aufbau von Vertrauen und die Beziehungskontinuität eine große Rolle in vielen Diensten spielen, stellt sich die Frage, ob sich Ausschreibungen mit kurzfristigem Träger- und Mitarbeiterwechsel für den Sozialbereich eignen.

Neben der Suche nach dem billigsten Anbieter ist die Erhöhung der Zugangsschwellen ein weiteres Mittel, Geld zu sparen. Dass dies trotz Rechtsanspruch geht, liegt nach Meinung von Peter Frings auch an der fehlenden Rechtsprechung. Viele Urteile zum Bundessozialhilfegesetz „geben eine gewisse Sicherheit“. Die fehlt jedoch im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Denn es fehlen auch die Klagen zur Durchsetzung der Rechtsansprüche. „Die Bürger kennen die Hilfen nicht genau genug“, so der Caritas-Jurist. Eigentlich müsste der Jugendhilfeträger so beraten, dass der Bürger seinen Rechtsanspruch erkennt und die effektivste Hilfe wählen kann. Aber das verhütet schon die Kostenbremse im Kopf.

So bleiben zwar die Rechtsansprüche unangetastet, aber sollen mit immer weniger Geld erfüllt werden. Selbst in den Begriffen wird zunehmend deutlicher, dass der Hilfebedarf nach den vorhandenen – ehrlicher: „fehlenden“ – Mitteln definiert wird. Aus dem Sozialraum wird der „Budgetraum“. In der Tendenz führt das dazu, dass die Caritas zum reinen Anbieter und Bittsteller wird. Dabei, so Frings, „wird aber verdrängt, dass die Kirche viel an Eigenleistung einbringt – sowohl an Geld als auch an ehrenamtlicher Arbeit“.

Wobei durchaus auch die Frage zu stellen ist, ob die Dienste der Caritas tatsächlich die Ressourcen immer so effektiv wie möglich einsetzen. Frings und Briefs glauben, dass an manchen Stellen schon mehr Hilfe für das gleiche oder weniger Geld möglich ist. Aber verbunden mit dieser Frage müsse die Definition der Qualität sein, und diese müsse gemeinsam zwischen öffentlichen Trägern und Wohlfahrtspflege diskutiert werden.

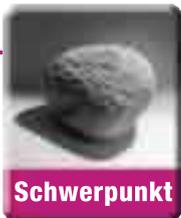
Dabei wird es erst ab 2004 ans Eingemachte gehen. Heinz Briefs erwartet im kommenden Jahr einen massiven Abbau, während Leistungen bisher nur weggebrockelt sind. Verträge sind teilweise bereits gekündigt. Die Kostenträger haben sich dafür Bereiche ausgesucht, „wo die Klientel nicht klagen kann“: Migration, Wohnungslosenhilfe und Familienpflege sind vor allem betroffen. Die Hoffnung, dass die Kommunen und Kreise ausfallende Landesmittel übernehmen, ist gering.

In dieser Situation ist es für Peter Frings müßig, über Gesetze zu sprechen, wenn sie ohnehin nicht durchzusetzen seien. Ehrlicherweise sollten seiner Meinung nach Rechtsansprüche gestrichen werden. Nachteil: Die Politik müsste damit Farbe bekennen. Dem Bürger würde offensichtlich, dass nicht die Freien Wohlfahrtsverbände verantwortlich für das Streichen von Hilfen sind. Aber der schwarze Peter wäre wieder da, wo er eigentlich hingehört. ◀

Harald Westbeld

Foto: Zelck





Schwerpunkt

Bundesweit richtungsweisend

19,5 Mio. Euro erhalten die sechs Wohlfahrtsverbände in Düsseldorf für ihre soziale Arbeit in diesem Jahr von der Stadt. Auch für 2004 und 2005 können sie diesen Betrag in ihren Planungen ansetzen. Grundlage dafür sind verschiedene Verträge zwischen Stadt und Wohlfahrtsverbänden, in denen Leistungen und Entgelte vereinbart sind. Beide Seiten profitieren enorm von diesem Verfahren.

„Wir gewinnen Planungssicherheit und Kontinuität der sozialen Infrastruktur, und die Stadt kann sicher sein, mit ihren Mitteln das Beste für die Menschen herauszuholen“, sagt Düsseldorfs Caritasdirektor Johannes Böcker. Stadt und Wohlfahrtsverbände haben sich mit einem Rahmenvertrag und verschiedenen Einzelverträgen gebunden. Dadurch aber ist die soziale Infrastruktur aus der jährlich im September drohenden Debatte um Streichung von Ausgaben und Stellen-Kürzungen im Zuge der städtischen Haushaltsberatungen herausgekommen. Die Stadt kann darauf vertrauen, dass sie die Themen um den sozialen Frieden im politischen Tagesgeschäft nicht ständig auf dem Tisch hat. Das Vertragswerk gilt bundesweit als richtungsweisend und hat die klassische Zuschusspraxis des Zuwendungsbescheides in vielen Teilen der Jugend-, Sozial- und Gesundheitshilfe abgelöst.

Rückblick: 1997 befand sich Düsseldorf im Haushaltssicherungskonzept. Wegen zu hoher Schulden übernahm nach der Gemeindeordnung der Regierungspräsident die Kontrolle des kommunalen Haushalts. Es wurde eine rigide Sparpolitik gefahren, mehrfach gab es Kürzungen der Zuschüsse für die soziale Arbeit. Böcker, damals Sprecher der LIGA der Wohlfahrtsverbände, regte an, sich mit der Stadt auf ein Vertragsverfahren zu einigen, um dem ständigen Gezerre um Zuschüsse ein Ende zu bereiten. Dank der damaligen Oberbürgermeisterin Marlies Smeets (SPD) gelang das auch. Leistungen und Entgelte wurden auf fünf Jahre festgeschrieben, „sodass wir durch den gesamten Zeitraum der Haushaltssicherung glatt durchgegangen sind“, erklärt Böcker. „Wenn ein Vertrag vorliegt, kann die Stadt überhaupt nicht auf die Idee kommen, bei der Haushaltsplanung Kürzungen zu überlegen, da sie ja rechtlich gebunden ist“, sagt Böcker.

Dafür liegt das wirtschaftliche Risiko beim Leistungserbringer, also dem jeweiligen Wohlfahrtsverband. Leistungsbeschreibung, Verwendungsnachweis, Berichtspflicht und Datenschutz sind geregelt. Flexibilisierungsklauseln erlauben je nach Bedarf und in Absprache mit der Stadt die konzeptionelle Weiter- oder gar Neuentwicklung in den Aufgabenfeldern. So konnte die Caritas Mittel aus der Aids-Beratung sukzessive umleiten in die Hospizarbeit. Der 2002 erneut geschlossene Rahmenvertrag wurden von allen Ratsfraktionen einstimmig beschlossen, auch das ist ein politisches Signal. Er gilt wieder fünf Jahre, damit auch über die politischen Auseinandersetzungen der nächsten Kommunalwahlen (2004) hinaus.

Oberhausen: „Gelebte Subsidiarität“

Was in Düsseldorf möglich war, gelang auch wenig später in Oberhausen. Die Stadt schloss mit den Wohlfahrtsverbänden Leistungsverträge, um die soziale Infrastruktur abzusichern. Oberhausen – eine der ärmsten Städte im geplagten Ruhrgebiet – steht seit Jahren unter der Aufsicht des Regierungspräsidenten im Haushalts-sicherungskonzept. „Bei der Stadt Oberhausen war das Bemühen da, die soziale Arbeit vor Ort abzusichern, so verlässlich zu machen, wie es eben nur möglich ist“, sagt Werner Groß Mühlenbruch, Direktor der Caritas Oberhausen. Das Bemühen trug zum ersten Mal im Jahr 2000 Früchte, als Stadtverwaltung und Caritasverband erste Leistungsverträge abschlossen, die das bis dahin herrschende Zuschusswesen ablösen.

Grundlage dieser vertraglichen Vereinbarungen sind die gesetzlichen Verpflichtungen der Kommune und der Bedarf innerhalb der Stadt. So ist der Caritasverband verpflichtet, Aufgaben der Jugendhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) teils vollständig, teils mitwirkend zu erledigen: Erziehungsberatung, Pflegekinderdienst, Allgemeiner Sozialer Dienst, Jugendgerichtshilfe usw. Auch hier sind Flexibilisierungsklauseln vereinbart, es wird teilweise nach Fachleistungsstunden abgerechnet, und auch hier liegt das wirtschaftliche Risiko bei den Wohlfahrtsverbänden, die allerdings nicht um die Finanzmittel gegeneinander konkurrieren müssen. „Gelebte Subsidiarität“ nennt Werner Groß Mühlenbruch die Vereinbarungen zur sozialen Infrastruktur. ◀

Markus Lahrmann



Ein Ende des ständigen Gezerres mit der Stadt: Düsseldorfs Caritasdirektor Johannes Böcker



Verträge für eine verlässliche Partnerschaft: Oberhausens Caritasdirektor Werner Groß Mühlenbruch



Auf der Kippe

Pauschalen gefährden Arbeit der Betreuungsvereine

Weitere Qualitätseinbußen in der Betreuung und in der Begleitung von ehrenamtlichen Betreuern befürchten die fünf Diözesan-Caritasverbände in NRW. Sie fordern eine kostendeckende Finanzierung für die 110 Betreuungsvereine im Bereich der Caritas.

Zwei Jahre lang hatte sich auf Anregung von Nordrhein-Westfalen eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit dem Betreuungsrecht befasst und im Sommer Vorschläge zur Reform vorgelegt, um die explodierenden Kosten einzudämmen. Hintergrund ist die gestiegene Zahl der Betreuungen, allein in Nordrhein-Westfalen hat sie sich von 112 000 (1992) auf 237 000 (2002) mehr als verdoppelt. Noch stärker als die Zahl der Betreuungen sind die Kosten gestiegen, in NRW lagen sie 2002 bei 104,5 Mio. Euro. Gesetzliche Betreuer helfen Menschen, die ihre Angelegenheiten nicht mehr selbstständig vertreten können. Die meisten Betreuer sind Familienangehörige und Ehrenamtliche. Berufsbetreuer, meist Sozialarbeiter oder Rechtsanwälte, werden aus den Etats der Justizminister bezahlt.

Die NRW-Caritasverbände begrüßten im Grundsatz das im Sommer vorgeschlagene neue Vergütungssystem mit einer Pauschalierung für hauptamtliche Mitarbeiter. „Die Vergütungssätze reichen jedoch nicht aus, um den Aufwand zu decken“, so die Diözesan-Caritasdirektoren in NRW.

Da schon im vergangenen Jahr das Land seine Gelder für die Gewinnung und Betreuung ehrenamtlicher Betreuer in 2003 gestrichen hat, muss die Caritas in erheblichem Aufwand Eigenmittel aufbringen. Dies ist schlechterdings immer weniger möglich, sodass in Duisburg und Paderborn bereits große Betreuungsvereine geschlossen wurden. Neben der Sicherung der Finanzen halten die Diözesan-Caritasverbände es aus Qualitätsgründen für dringend notwendig, ein Zulassungsverfahren für rechtliche Betreuer einzuführen und das Berufsbild eindeutig zu definieren.

Immer mehr kranke und alte Menschen benötigen eine Betreuung. Der Aufwand der caritativen Betreuungsvereine ist dabei besonders hoch, weil sie von den Amtsgerichten überdurchschnittlich viele schwere Fälle zugewiesen bekommen. Hier werden Menschen betreut,



die massiv psychisch krank sind, oft in Kombination mit Suchterkrankungen. Rechtliche Betreuung kann dabei häufig einen Umzug in ein Wohnheim verhindern und damit Kosten in erheblichem Umfang einsparen.

Vorgesehen ist weiterhin ein Vergütungssatz von 31,00 Euro pro Stunde. Die von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vorgeschlagenen monatlichen Zeitpauschalen reichen für eine Betreuung dieser schwierigen Fälle bei weitem nicht aus, so die Caritas. Hinzu komme, dass die Betreuungsvereine weiterhin rechtlich vom Land verpflichtet seien, Ehrenamtliche als Betreuer zu gewinnen und ihnen die Übernahme dieses Dienstes durch eine weitere Begleitung zu ermöglichen. Die Mittel für diese zusätzliche Aufgabe sind aber im aktuellen Haushalt gestrichen worden.

Die Caritas sieht die Gefahr, dass die Betreuungsvereine in Zukunft Leistungen nicht mehr erbringen können oder ihre Arbeit ganz einstellen müssen. Folge wäre, dass es immer weniger ehrenamtliche Betreuer geben wird und zunehmend freiberufliche Betreuer diese Aufgabe übernehmen, denen nicht das Netz an Hilfsdiensten zur Verfügung steht, das die Caritasverbände vor Ort anbieten. Pauschalen, die die Kosten nicht decken, würden deshalb nur sehr kurzfristig sparen, auf weite Sicht aber zu einer Kostenexplosion bei der rechtlichen Betreuung führen. Einerseits werde mehr ehrenamtliche Betreuung vom Land gefordert, andererseits aber die Rahmenbedingungen dafür massiv verschlechtert. Die Caritas fordert deshalb zusätzlich, dass vom Land eingeforderte Zusatzleistungen refinanziert werden. Ein Rechtsanspruch der Betreuungsvereine auf Förderung der Querschnittsaufgaben wie der Gewinnung Ehrenamtlicher müsse garantiert und in einem Bundesgesetz verbindlich verankert werden. ◀ (ml)

Protest gegen die Einstellung der Ehrenamtförderung: Unter dem Motto „Hilfe, uns geht die Luft aus“ ließen in Paderborn ehrenamtliche Mitarbeiter von Betreuungsvereinen 200 Luftballons mit Protestkarten steigen.

Foto: Caritas

Kindern Perspektiven bieten

Im ukrainischen Kinderferiendorf Jablonitsa arbeiten vier NRW-Caritasverbände seit vielen Jahren erfolgreich zusammen

Von Joachim Heinz

Als Andrij sechs Jahre alt war, hat er seine Eltern zum letzten Mal gesehen. Sie sind als illegale Einwanderer in die USA gegangen, um dort Geld zu verdienen. Der schwächliche Junge hat große Pläne für die Zukunft. „Ich möchte einmal Ballett-Tänzer werden“, erklärt er stolz. Doch ob er diesen Traum realisieren kann, hängt nicht zuletzt von seiner Gesundheit ab.

Die porzellanweiße Haut des 13-Jährigen verrät, dass er an Blutarmut leidet. Häufig fühlt er sich müde und abge-spannt, sein Körper ist anfällig für Infektionskrankheiten. So wie Andrij ergeht es vielen seiner Altersgenossen in der Ukraine. Tag für Tag erfahren sie die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am eigenen Leib. Hinzu kommt, dass sich die Eltern oftmals nicht um ihren kranken Nachwuchs kümmern, weil sie, wie rund sieben Millionen ihrer Landsleute, im Ausland arbeiten. Und ein dringend notwendiger Kuraufenthalt wird vom Staat nicht finanziert.

Dass Andrij in diesem Sommer trotzdem neue Kraft tanken kann, hat er der Caritas zu verdanken. Genauer gesagt den nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbänden aus Paderborn, Essen, Aachen und Münster. Zusammen mit dem Osteuropa-Hilfswerk Renovabis und dem römisch-katholischen Caritasverband der Ukraine betreiben sie seit 1996 ein Feriendorf bei Jablonitsa in den Karpaten. Die waldreiche Gebirgskette liegt im westlichen Landesteil, unmittelbar an der rumänischen Grenze. Auf einer großen Lichtung

stehen ein großes Hauptgebäude und 20 zeltförmige Holzhütten. Rund 150 kleine Gäste im Alter von acht bis 13 Jahren finden darin für jeweils drei Wochen Platz. Der Aufenthalt ist kostenlos, denn die Kinder kommen zumeist aus sozial benachteiligten Familien, die in der Gegend von Tschernobyl leben.

Soziale Probleme lösen

„Das Kinderferiendorf ist unser größtes Projekt“, sagt Volker Odenbach aus Paderborn, derzeit Sprecher der NRW-Caritasdirektoren. Auf rund 160 000 Euro veranschlagen die Betreiber den jährlichen Unterhalt der Einrichtung. Nicht eingerechnet sind dabei die Bau- und Instandhaltungskosten von bislang 1,3 Mio. Euro. Diesen finanziellen Kraftakt kann der ukrainische Caritasverband nicht leisten. Noch fehlt es dort an Spendern und genügend Eigenkapital. Darum sind die deutschen Partner gefragt. „Es wird sicher noch drei bis fünf Jahre dauern, bis sich das Projekt wirklich selber trägt“, glaubt Odenbach. Die Voraussetzungen dafür sind mittlerweile geschaffen. „Um das Tagesgeschäft brauchen wir uns nicht mehr zu kümmern“, so der Paderborner Caritasdirektor.

Insgesamt 15 fest angestellte Mitarbeiter achten mit den ehrenamtlichen Helfern vor allem auf das leibliche Wohl der Gäste. Viel frisches Gemüse und Obst stehen auf dem Speiseplan. Der Aufenthalt inmitten der unberührten Natur stärkt die Abwehrkräfte zusätzlich. Von ferne ist das Rauschen eines Bachs zu hören, die Luft riecht nach dem Harz der dunkelgrünen Nadelbäume, überall auf der Wiese blühen weiße Schafgarben neben blauen Veilchen. Das heilkräftige Klima ist beinahe mit

*Gesunde Ernährung, heilendes Klima, soziale Geborgenheit: Den Tschernobyl-Kindern geht es in den Ferien deutlich besser.
Fotos: Gerd Schnitzler*





den Händen zu greifen. „Bei vielen Kindern konnte die Krankenschwester bereits nach kurzer Zeit deutlich verbesserte Blutwerte feststellen“, erläutert Weihbischof Stanislav Schyrokoradjuk, Präsident des ukrainischen Caritasverbandes.

„Wir wollen mit dazu beitragen, die sozialen Probleme der Ukraine zu lösen“, beschreibt der 46-jährige Geistliche die Bedeutung des Ferienlagers. Eine echte Herausforderung in einem Land, dessen Gesellschaft zwischen kommunistischer Vergangenheit und globa-

lisierter Zukunft hin- und hergerissen ist. Wo immer mehr Kinder auf der Straße leben oder die Eltern alkohol- oder drogenabhängig sind. „Zuschauen hilft nicht – Verantwortung ist weltweit“ lautet das diesjährige Motto der deutschen Caritas. Durch ihr Engagement sorgen die vier nordrhein-westfälischen Caritasverbände mit ihren Partnern vor Ort dafür, dass Kinder wie Andrij in der Ukraine wieder Perspektiven haben – egal, ob sie nun Ballett-Tänzer werden wollen oder andere Ziele haben. ◀

Kurznachrichten

Bessere Rahmenbedingungen gefordert

Der Malteser-Hilfsdienst in Nordrhein-Westfalen hat an die Landesregierung appelliert, die Rahmenbedingungen für die Notfallvorsorge und die sozial-unternehmerischen Dienste zu verbessern. Sie seien noch nie so schlecht gewesen wie heute, beklagte der Landesbeauftragte Wilderich Graf Schall-Riaucour beim Parlamentarischen Abend in Düsseldorf. Die Hilfsorganisationen würden bei Einzelleistungen in einen ruinösen Preiskampf getrieben. Ihre Gesamtleistung für die Gesellschaft werde nicht genügend berücksichtigt.

Die Landesregierung müsse dafür sorgen, so Graf Schall, dass die Hilfsorganisationen in der Notfallrettung und im Krankentransport mitwirken können. Nur dann könnten sie auch ehrenamtliche Helfer für die Sanitäts- und Betreuungsdienste im Katastrophenschutz gewinnen. Der Parlamentarische Abend fand aus Anlass des 50. Geburtstages des Malteser-Hilfsdienstes statt, der 1953 in den Bistümern Münster und Paderborn seine Arbeit aufgenommen hatte. Darauf wies der Staatssekretär im Innenministerium, Hans Krings (Foto), in seiner Festrede besonders hin. (ml)

Foto: Carsten Kossow



Schlauer spielen

Eine gemeinsame Vereinbarung über die wichtigsten Bildungsziele der Kindertageseinrichtungen ist nach Angaben des Schulministeriums mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, den kommunalen Spitzenverbänden sowie der katholischen und evangelischen Kirche unterzeichnet worden.

Die Bildungsvereinbarung ist in diesem Kindergartenjahr in Kraft getreten. Sinn der Vereinbarung sei, so Schulministerin Ute Schäfer (SPD), den Bildungsauftrag des Kindergartens zu stärken und eine Brücke zwischen Kindergarten und Schule zu bauen.

In Nordrhein-Westfalen gibt es rund 9 500 Kindertagesstätten. In Trägerschaft der katholischen Kirche sind 31,5 Prozent; die evangelische Kirche hat 18,5 Prozent, die Kommunen 24,5 Prozent, der Paritätische Wohlfahrtsverband 11,7 Prozent, die Arbeiterwohlfahrt 7,7 Prozent, das Deutsche Rote Kreuz 3,2 Prozent, Sonstige 2,9 Prozent. (KNA)

Bildungsvereinbarung und Handreichung unter:

www.bildungsportal.nrw.de/BP/LINKS/BV

Neues Landespflegegesetz

Zum 1. August ist das neue Landespflegegesetz in Kraft getreten. Heimbewohner müssen künftig mehr zahlen, künftig wird neben dem Einkommen auch das Vermögen zur Berechnung des Pflegewohngeldes herangezogen. Bau und Modernisierung von Heimen sollen zukünftig über den Kapitalmarkt finanziert werden. Im Vorfeld der Gesetzesänderung hatte es heftige Kritik von Kommunen und große Bedenken der Wohlfahrtsverbände gegeben.



Sommeruniversität Ehrenamt, das hieß: ein breites thematisches Spektrum, vielfältige Impulse, internationale Besetzung und kontroverse Diskussionen.
Foto: Wirtz

Chancen ausbauen

Das neue Ehrenamt ernst zu nehmen erfordert von Hauptamtlichen ein Umdenken

Ein Interview mit Thomas Möltgen, Experte für alte und neue Formen des Ehrenamtes

Bürgerschaftliches Engagement befindet sich im Wandel, eine neue Freiwilligkeit entsteht. Die Forschung liefert neue Erkenntnisse, sucht den Austausch. So bei der Sommeruniversität Ehrenamt der Caritas im Erzbistum Köln. Die Begegnung von Studenten, Ehrenamtlichen und Professionellen führte zu einem Dialog auf hohem Niveau. Und zu einem weiten Blick in die Zukunft.

Caritas in NRW: Die Bereitschaft der Bevölkerung, sich freiwillig zu engagieren, ist hoch, rund 28 % der Menschen engagieren sich, etwa 11 % im sozialen Bereich. Gleichzeitig heißt es, das alte Ehrenamt sei tot. Wo sehen Sie neue Formen und neue Möglichkeiten?

Thomas Möltgen: Wir kennen im Erzbistum Köln in den Caritasgruppen unserer Pfarrgemeinden über 10 000 Personen, die im so genannten alten Ehrenamt engagiert sind. Das ist ein hoher, lobenswerter und wichtiger Einsatz. Ich habe aber die Sorge, dass die Gruppen für neu zu gewinnende Personen unattraktiv werden, weil diese Gruppen teilweise überaltert und schwer zugänglich sind. Jemand, der ein Engagement sucht, muss zunächst wissen, dass es diese Gruppe überhaupt gibt. Dann muss er in ihre Eigenart hineinwachsen, und er muss die Ziele der Gruppe übernehmen. Das sind drei

Hemmschwellen, die es ihm erschweren, aktiv zu werden. Das neue Ehrenamt orientiert sich an Projekten oder kurzen Einsätzen. Die Menschen engagieren sich heutzutage im Durchschnitt ein bis drei Stunden pro Woche. Die Zahl der Ehrenamtlichen und Engagierten steigt sogar, die absolute Zahl der Stunden eher kaum. Es geht also bei der Gegenüberstellung von altem und neuem Ehrenamt nicht um eine Bewertung des Einsatzes der Menschen oder der Qualität ihrer Arbeit, sondern eher um die Beschreibung der Struktur ihrer Arbeit.

► Was sind das für Formen, in denen sich das neue Ehrenamt zeigt?

Eine Stunde Zeit schenken zum Beispiel. Ehrenamtliche engagieren sich in der Pflegestation. Sie sind bereit, eine Stunde in der Woche zu einem Kranken zu gehen. Oder man geht ins Altenheim und besucht einen Menschen. Es wird vermittelt über Sozialarbeiter im Altenheim oder auch über Pfarrgemeinden. Dann können Beziehungen zwischen Menschen entstehen. Man konzentriert sich zum Beispiel bewusst auf eine ehrenamtliche Aktivität, ist auf einen Menschen konzentriert.

► Bei der Sommeruniversität Ehrenamt der Caritas im Erzbistum Köln ging es für die Studierenden darum, mehr über soziales Engagement zu lernen. Mit welchem Ziel?

Die Studierenden sollten lernen, das Ehrenamt als einen bedeutsamen Wirkfaktor für die Gestaltung der sozialen Wirklichkeit in unserem Land zu erkennen. Für zukünftige beruflich Tätige in Caritas und Pastoral muss die Erkenntnis über die positive Wirkung Ehrenamtlicher bereits in der Ausbildung vermittelt werden. So besagt zum Beispiel die so genannte Äquieffektivitätstheorie, dass die Wirkung von ehrenamtlicher Arbeit vergleichbar ist mit der professionellen Sozialarbeit. Wenn die Professionellen das wissen, dann müssen sie diese Chance nutzen und Ehrenamtlichen Zugangswege eröffnen, damit bei den Betroffenen mehr Hilfe ankommt. Also muss das Design der professionellen Arbeit verändert werden.

► Besteht dadurch auch eine Gefahr der Konkurrenz zwischen Professionellen und Ehrenamtlichen, die Befürchtung des gegenseitigen Verdrängens?

Bei dieser Befürchtung wird nicht zu Ende gedacht. Denn wir brauchen gerade in der Sozialarbeit Profis, die dieses Zusammenwirken neu konstruieren, damit

beide Kategorien sozialer Arbeit zusammenkommen. Hauptamtliche haben auch Vermittlungs- und Begleitungsfunktion.

Zudem müssen wir uns auch davor hüten, die Ehrenamtlichen zu kleinen Profis zu machen. Das wäre der größte Fehler. Es ist Unsinn zu meinen, Ehrenamtliche brauchten einen Crashkurs in nicht-direktiver Gesprächs-Psychotherapie, weil sie nur so mit Leuten am Krankenbett richtig sprechen könnten. Was sie hingegen brauchen, ist die begleitete Reflexion der gemachten Erfahrungen am Krankenbett, um beim Beispiel zu bleiben. Hier ist die Unterstützung von professionellen Mitarbeitern wichtig. Die Qualität ehrenamtlicher Arbeit und damit auch die Wirkung liegen in der besonderen menschlichen Beziehung, die zwei Menschen in der Begegnung aufbauen. Das kann man belegen. Und das muss man zunächst studieren.

► *Was muss denn innerhalb der Caritas passieren, um ehrenamtliche Tätigkeit mehr als bisher zu fördern?*

Die Kompetenz der Ehrenamtlichen als einen reichen Schatz wahrnehmen ist ständiger Anspruch. Ehrenamtliche leisten vor Ort nicht nur unmittelbare soziale Arbeit, sondern oft auch Vorstandsarbeiten, übernehmen Leitungsaufgaben oder leisten unterstützende organisatorische Zuarbeit.

Wohlfahrtsverbände müssen deren Erfahrungen mit zur Grundlage ihrer zukünftigen Arbeit machen. Sie müssen die Kompetenz der Ehrenamtlichen berücksichtigen. Berücksichtigen bedeutet: deren Rat und Erfahrungen aktiv einholen. Wir müssen Foren innerhalb unserer Verbandsstruktur schaffen für den Austausch zwischen Haupt- und Ehrenamt, die die Verbände mit als Grundlage für Entscheidungsfindung nehmen können. Das erfordert eine forschende, lernende, fragende Haltung.

Wir müssen den Engagierten eine Plattform geben, und das bedeutet, dass sich an den Strukturen der innerverbandlichen Willensbildung etwas ändern muss.

► *Politiker betonen gerne die Bedeutung des Ehrenamtes, wenn es nichts kostet. Die Gemeinwohlorientierung zählt jedoch nicht zu den Hauptgründen für ehrenamtliches Engagement. Welche konkreten Forderungen erheben Sie an die Adresse des Staates, an die Adresse der Politik?*

Politik muss sich hüten, Hauptamt und Ehrenamt gegeneinander zu stellen. Die professionellen Dienste sind



„Engagiert für Gotteslohn?“ Impulse für das Ehrenamt

So lautet der Titel des Buches zur Sommeruniversität Ehrenamt, das beim Verlag Butzon & Bercker, Kevelaer, erschienen ist. Es enthält neben den Vorträgen der 16 Dozenten auch ein Geleitwort des Kölner Erzbischofs. Der Band kostet 19,80 Euro und ist im Buchhandel oder beim Diözesan-Caritasverband Köln (Telefon 02 21 / 20 10-2 45) erhältlich.

weiterhin erforderlich. Sie bieten die wichtige Grundlage für unseren Sozialstaat, dass den Menschen, die in akuter Not sind, schnell geholfen werden kann. Obwohl sich in den meisten Diensten durch die Integration Ehrenamtlicher die Wirkungen für die Betroffenen deutlich steigern lassen, erkennen die öffentlichen Partner diese Arbeit der Professionellen gerade nicht als Teil ihrer ureigenen Aufgaben an. Dabei verstärkt eine ergänzende ehrenamtliche Begleitung die Nachhaltigkeit der hauptberuflichen Maßnahme, so zum Beispiel in der Sozialpädagogischen Familienhilfe, wie wir aus dem Bereich des SkF wissen. Die öffentlichen Träger der Maßnahmen argumentieren aber oft zu kurzfristig kostenorientiert. So wird die Arbeitszeit für die erforderliche Abstimmung zwischen haupt- und ehrenamtlicher Mitarbeiterin nicht als abrechenbare Zeit anerkannt. Die öffentlichen Träger „sollen“ zwar laut dem Kinder- und Jugendhilfegesetz die freiwillige Tätigkeit anregen und fördern, als „Pflichtleistung“ im Einzelfall wird es aber nicht verstanden und so die Notwendigkeit der Förderung nicht gesehen.

Wenn wir sagen, Ehrenamt ist nicht zum Nulltarif zu haben, dann geht es auch um die Anerkennung integrativer Arbeit. Das Zeitkontingent, welches eine berufliche Mitarbeiterin in diesem Sinne für das Ehrenamt aufwendet und welches refinanziert werden müsste, erzielte ein Vielfaches an Wirkung im Verhältnis zu den bereitzustellenden Mitteln.

► *Der Umbau des Sozialstaates ist in vollem Gange. Hilfe von Bürgern für Bürger wird zunehmen müssen. An welchem Punkt stehen wir jetzt?*

Menschen haben Interesse zu helfen, Menschen wollen sich engagieren. Sie haben Spaß dabei, aber sie müssen unter Umständen vermittelt werden, und es muss ihnen die Chance gegeben werden, in einem bestimmten Kontext tätig zu sein. Und dieses Handling, dieses Zueinander-Bringen, das müssen wir lernen. Da gehen wir engagiert neue Wege!

► *Vielen Dank für das Gespräch.* ◀

Das Interview führte Markus Lahrmann.



Dr. Thomas Möltgen,
Fachbereichsleiter
Gemeindecaritas beim
Diözesan-Caritasverband
Köln und Initiator der
Sommeruniversität
Ehrenamt

Zum Thema siehe auch
Seite 36.

Gegen Armut und soziale Ausgrenzung

**Freie Wohlfahrt will die Umsetzung
des Nationalen Aktionsplans unterstützen**

Von Alfred Hovestädt

„Es gibt verschiedene Wege, sich finanziell zu ruinieren, vier Kinder in die Welt zu setzen ist der sicherste.“ Prälat Helmut Puschmann, ehemaliger Präsident des Deutschen Caritasverbandes, brachte es vor einiger Zeit auf den Punkt. Von den in Nordrhein-Westfalen vertretenen Lebensformen sind vor allem Ehepaare mit Kindern und Alleinerziehende vom Armutsrisiko besonders betroffen.

Wohnen drei Kinder in einem Haushalt, so liegt die Armutsquote laut NRW-Sozialbericht bei 32 Prozent, bei vier Kindern erhöht sich die Quote sogar auf 50 Prozent. Etwa jeder 16. deutsche und jeder achte nicht deutsche Minderjährige ist in Nordrhein-Westfalen auf Sozialhilfe angewiesen. Insgesamt sind etwa zwei Millionen Menschen in NRW, das sind rund zwölf Prozent, arm. Weitere zehn Prozent gelten als „armutsgefährdet“. Kritische Ereignisse wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Scheidung können diesen Personenkreis sehr schnell in die akute Armut führen.

Ministerialdirigent Ulrich Kinstner vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familien in Düsseldorf machte auf der Fachtagung „Soziales NRW gestalten!“ vor diesem Hintergrund den politischen Handlungsbedarf deutlich und versprach die Vorlage des ersten NRW-Reichtumsberichtes als Gegenstück zum Sozialbericht. „Wir halten die Verzahnung eines Armuts- mit einem Reichtumsbericht für sinnvoll und notwendig, weil Armut und Reichtum für uns zwei Seiten einer Medaille darstellen“, sagte Kinstner in Köln. Eine gerechte Verteilungspolitik sei Grundlage für die gesellschaftliche Teilhabe.

Die Projektgruppe Armut der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen hatte die Fachtagung als Auftaktveranstaltung zur Entwicklung und Umsetzung des Nationalen Aktions-

planes 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung auf Landesebene initiiert. Diözesan-Caritasdirektor Dr. Winfried Risse, Vorsitzender der Projektgruppe Armut der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, wies in seiner Einladung darauf hin, dass „die zunehmende Arbeitslosigkeit und der Abbau sozialer Leistungen im Bereich der Gesundheitshilfe, der Altersversorgung und im Arbeitslosen- und Sozialhilfebereich neue und kreative Umgangsweisen und Lösungen fordern, um nicht immer mehr Menschen, wie zum Beispiel Kinder, chronisch Kranke, Alte, Migranten, Wohnungslose, Strafgefangene, in Armut und aus der Gesellschaft zu drängen“.

Das Dilemma aktueller Politik

Hintergrund der Veranstaltung: In Lissabon einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten darauf, dass die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung eine zentrale Aufgabe im Rahmen der Modernisierung des europäischen Sozialmodells ist. Alle Mitgliedsstaaten sind danach aufgefordert, nationale Aktionspläne gegen Armut und Ausgrenzung zu erstellen. Dabei stehen vier Ziele im Vordergrund:

- ▶ die Förderung der Teilnahme am Erwerbsleben
- ▶ die Vermeidung des Risikos der Ausgrenzung
- ▶ Maßnahmen zugunsten der sozial am stärksten gefährdeten Gruppen
- ▶ die Mobilisierung vieler Akteure für die Umsetzung dieser Ziele

Walter Hanesch von der Fachhochschule Darmstadt zweifelte allerdings an einer realen Chance zur Umsetzung dieses Anspruches. Auf der Grundlage einer kritischen Analyse des ersten Nationalen Aktionsplans 2001 bis 2003 konstatierte er: „Die aktuelle Armuts politik in der Bundesrepublik steht vor dem Dilemma: Einerseits ist sie dem Anspruch verpflichtet, zu einer Überwindung von Armut und Ausgrenzung beizutragen. Andererseits wird derzeit unter dem Primat der Beschäftigungspolitik eine Verschlechterung sozialer Schutzstandards vorbereitet.“ Sein Fazit: „Von einer Weiterentwicklung im Sinne einer eindeutiger formulierten und überprüfbarer Politik im Kampf gegen die Armut kann bisher keine Rede sein.“

Für die Freie Wohlfahrt signalisierte Risse Kooperationsbereitschaft. Man wisse um die derzeit schwierigen Rahmenbedingungen, doch heiße das noch lange nicht, „sich der gemeinsamen weiteren Entwicklung regionaler Aktionspläne zu verschließen – ganz im Gegenteil“. ◀

„Leezentreff“ in Münster

Bilanz der Spendenaktion LICHTBLICKE 2002/2003: 900 000 Euro

Wenn westfälische Karnevalsgesellschaften im Hochsommer in Münster eine Pättkes-Tour (für Nicht-Westfalen: Fahrrad-Tour) organisieren, den NRW-Ministerpräsidenten Peer Steinbrück und seine Ehefrau Gertrud Steinbrück mobilisieren, wenn Münsters Oberbürgermeister Berthold Tillmann, Polizeipräsident Hubert Wimber, Ex-Justizminister Rolf Krumsiek sowie Direktoren von Caritas und Diakonie und Abgeordnete aller Parteien aus Bundes- und Landtag mitradeln – dann muss es sich um einen guten Zweck handeln.



Eindrucksvolles Ergebnis in 2003

Die 1998 von den NRW-Lokalradios gemeinsam mit den Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden ins Leben gerufene Spendenaktion LICHTBLICKE hat für die Aktionszeit 2002/2003 erneut eine eindrucksvolle Bilanz präsentiert. Von Dezember des vergangenen Jahres bis Juli 2003 flossen gut 900 000 Euro auf das LICHTBLICKE-Konto. Ebenso groß war allerdings auch die Flut der Anträge, mit denen sich Kinder und Familien aus NRW Hilfe suchend an die Aktion LICHTBLICKE wandten: Rund 1 500 Fälle hatte der 15-köpfige Spendenbeirat unter Schirmherrschaft von Gertrud Steinbrück zu entscheiden. Dank der ungebrochen hohen Spendenbereitschaft der Lokalradiohörer konnte die Aktion in der abgelaufenen Saison rund 7 500 kleinen und großen Menschen in Not mit einer LICHTBLICKE-Spende neue Hoffnung schenken. „Das sind Notlagen, von den wir immer glauben, dass es sie gar nicht gibt. Hiob lässt da häufiger grüßen“, erklärt die Schirmherrin und verweist auf vielfältige plötzliche Katastrophen, in die Familien geraten können. Wie in den Vorjahren stellten auch diesmal Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Caritas, Diakonie und anderen Wohlfahrtsverbänden sicher, dass freigegebene Fördergelder vor Ort ausschließlich zweckgebunden eingesetzt wurden. Auch in der nächsten Saison wird die Aktion LICHTBLICKE wieder auf die Spendenbereitschaft der Menschen in NRW angewiesen sein. Sie beginnt im Advent 2003. ◀

Markus Lahrmann

Fotos: Lahrmann

Spenden an:
Sozialbank Köln
Konto 70 70
BLZ 370 205 00

Informationen:
Diözesan-Caritasverbände oder Internet:
www.lichtblicke.de
E-Mail:
info@lichtblicke.de

So war es denn auch: „Mit Leezen für LICHTBLICKE“ hieß das Motto, das meint: mit Fahrrädern für Kinder und Familien in Not. Denn Gertrud Steinbrück ist Schirmherrin der Aktion LICHTBLICKE, mit der die NRW-Lokalradios gemeinsam mit Caritas und Diakonie bedürftigen Kindern in Nordrhein-Westfalen helfen.

Rund 750 Teilnehmer radelten denn also im Hochsommer 22,2 Kilometer durch und rund um Münster. Vom Startgeld gingen mindestens 3 Euro pro Teilnehmer an die Aktion LICHTBLICKE, hinzu kamen Sponsorengelder und Spenden. Die Promi-Pättkes-Tour unterstützte damit zwei münsterische Hilfsprojekte: den Mobilen Treff Bauwagen und ein Alphabetisierungsprojekt der Caritas.



Aachen

Den Menschen verpflichtet

Diözesan-Caritasdirektor Schröders fordert nachhaltige Innovationen

Foto: Achim Pohl

Caritas in NRW: Der Bundeskanzler hat die Agenda 2010 unter anderem mit „Mut zur Veränderung“ überschrieben. Muss auch die Caritas „Mut zur Veränderung“ aufbringen, um den Sozialstaat zu erhalten?

Burkard Schröders: Die Folgen der Globalisierung stellen die gesamte Gesellschaft vor tief greifende Veränderungsprozesse. Es stimmt schon: Wer nicht den „Mut zur Veränderung“ aufbringt, der wird verändert. Deshalb braucht die Caritas zusätzlich die „Kraft zur nachhaltigen Innovation“. In Zeiten der Veränderung ist es wichtig, sich auf die eigenen Wurzeln zu besinnen. Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes steht nicht zur Disposition, und als Caritas sind und bleiben wir vorrangig den Menschen verpflichtet, die in ihrem persönlichen Umfeld oder in den sozialen Sicherungssystemen keine oder keine ausreichende Hilfe finden. Dieser ethische Grundkonsens ist der Maßstab aller Veränderung. Nicht Egoismus auf der individuellen Ebene noch die Ökonomisierung der gesamten Gesellschaft dürfen unser Handeln bestimmen, sondern Solidarität und Gerechtigkeit sind die entscheidenden Stichworte für die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaats.

► Die Caritas hat schon lange die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gefordert. Sind Sie in diesem Punkt mit der Agenda 2010 zufrieden?

Bereits zu Beginn der 90er Jahre haben wir in unserer Arbeitslosenuntersuchung gefordert, dass für die Sicherung

des Lebensunterhaltes aus öffentlichen Leistungen nur eine Institution zuständig sein sollte. Deshalb ist die Idee zur Zusammenlegung der beiden Leistungssysteme ein Schritt in die richtige Richtung. Die Caritas hat aber damals auch schon gefordert, dass die sozialen Sicherungssysteme armutsfest gemacht werden müssen. Diesem Anspruch werden die aktuellen Leistungen der Sozialhilfe nicht gerecht. Deshalb muss die Sicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums in die Debatte um die Agenda 2010 einfließen. Mein zweiter Gedanke ist im Sozialwort der Kirchen begründet. Dort heißt es: „Der zutreffende Grundsatz, dass Leistung sich im wirtschaftlichen Bereich lohnen muss, darf nicht dazu führen, dass die Bezieher hoher Einkommen einseitig von ihren Beiträgen zum sozialen Ausgleich entlastet werden.“ Dabei ist nicht nur das Einkommen zur Finanzierung des sozialen Ausgleichs zu berücksichtigen, sondern auch das Vermögen.

► Ihr Stichwort von der Zukunftsfähigkeit will ich gerne aufgreifen. Die Bundesregierung hat eine Agenda 2010 formuliert. Was wären denn die wichtigsten Stichworte einer Agenda 2010 für die Caritas?

Als Verband der Freien Wohlfahrtspflege sind wir Partner des Staates, aber der Staat kann seine Gesamtverantwortung nicht delegieren. Er muss die Finanzierung von Rechtsansprüchen sicherstellen. Unser Beitrag besteht in der Erbringung von Dienstleistungen, im Dialog, im gemeinsamen Suchen nach besseren Lösungen.

Vor diesem Hintergrund werden wir als Caritas in den nächsten Jahren insbesondere dem demografischen Wandel Rechnung tragen müssen. Es gilt Gesundheits- und Pflegedienste den veränderten Verhältnissen anzupassen. Die Sozialversicherungssysteme müssen auf breitere Beine gestellt werden. Die gesamte Bevölkerung und alle personengebundenen Einkommen müssen dazu Beiträge erbringen. Auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein, wenn es um die vielen notwendigen Schritte geht, unser soziales System armutsfest zu machen. Unverzichtbar wird es sein, dass wir als Dienstleister und als Dienstgeber eine aktive Arbeitsmarktpolitik für Benachteiligte umsetzen. All diese Agendapunkte stehen jedoch für die Caritas unter einer Überschrift. Die Caritas leistet aus christlicher Verantwortung ihren Beitrag zur Entfaltung einer solidarischen und gerechten Gesellschaft und ist geprägt von einem Menschenbild, das zum Leben ermutigt. ◀

Die Fragen stellte Friedhelm Winterfaust.

Diözesan-Caritasdirektor
Burkard Schröders



„Was reizt mich an der Caritas?“

Regionalverband Aachen setzt auf bürgerschaftliches Engagement: Sofa-Gespräche über Motivationen und Visionen

Verbandsleitung und Mitarbeiter des regionalen Caritasverbandes Aachen betonen, dass das christliche Menschenbild, lebendige Beziehungsarbeit und Beteiligung von Ehrenamt im Mittelpunkt ihres Handelns stehen. Unter dem Motto „Was reizt mich an der Caritas?“ wurden beim alljährlichen Treff der Hauptamtlichen so genannte Sofa-Gespräche mit Verantwortlichen der Aachener Caritas geführt.

Die Vorstandsmitglieder Dr. Johannes Delheid und Dechant Hubert Leuchter zeigten sich besorgt aufgrund der angespannten Haushaltslage und bedauerten, dass ihre Aktivitäten fast nur durch die Sicherung der Finanzen geprägt seien. In enger Vernetzung mit den Gemeinden müsse Caritas als Verband der Kirche sichtbar

sein und wirkungsvolle gesellschaftspolitische Akzente setzen. Marlies Frohn und Irmgard Schneider, beide in Caritaspflegestationen tätig, unterstrichen ebenfalls die Wichtigkeit von Vernetzung mit Pfarren und Ehrenamt. „Sehr gute Pflege und soziale Verantwortung sollen unsere Arbeit leiten. Wir müssen uns Zeit nehmen, gerade alten Menschen zuzuhören.“ Geschäftsführer Bernhard Verholen stellte die Nächstenliebe ins Zentrum seiner Visionen. Er sieht seinen Verband als Anwalt für die Menschen am Rande der Gesellschaft und will hier lebendige Beziehungen gestalten: „Ohne freiwillige Kräfte sind diese Ziele nicht zu erreichen. Bürgerschaftliches Engagement ist mehr als nur geben. Ehrenamt schenkt gegenseitig Sinnhaftigkeit und spannende Begegnungen.“ ◀ *Wolfgang Offermann*

Caritas-Telegramm

Aachen. Der Neubau des Alten- und Pflegeheimes Heilig Geist in Trägerschaft des SKM in Aachen ist an alter Stelle in der Heinrichsallee wieder bezogen worden. Das alte Heim wurde vor über einem Jahr abgerissen. Der Neubau bietet 52 Bewohnern Platz.

Mönchengladbach. Für das Altenheim Haus Monika in Mönchengladbach-Rheydt wird zurzeit ein Ersatzneubau in Mönchengladbach-Neuwerk erstellt. Dieses Haus befindet sich in Trägerschaft des Caritasverbandes für die Region Mönchengladbach-Rheydt. Der Altbau war für 55 Plätze ausgelegt, der Neubau wird 80 Plätze besitzen.

Mechernich. Das Altenheim Stiftung Carl Kreuzer jr. in Mechernich wird auf gleichem Grundstück als Ersatzneubau entstehen. Das Haus befindet sich in der Trägerschaft des Kuratoriums der Stiftung Carl Kreuzer und wird wahrscheinlich im Herbst 2003 fertig gestellt. Der Altbau bot 98 Plätze, der Neubau wird 88 Plätze umfassen.

Krefeld. Das geronto-psychiatrische Pflegeheim an der Klinik Königshof in Krefeld, eine Spezialeinrichtung für geronto-psychiatrisch veränderte Bewohner, wurde 1997 mit 20 Plätzen errichtet. Anfang 2003 wurde nun der zweite Bauabschnitt fertig gestellt und damit das Angebot auf 40 Einzelzimmer erhöht. Durch die Fertigstellung des zweiten Bauabschnittes wurde ein Atriumbau geschaffen, sodass die geronto-psychiatrisch veränderten Bewohner im Atrium einen geschützten Garten vorfinden.

Geilenkirchen. Die Franziskus GmbH Geilenkirchen ist Träger des Altenheimes Franziskusheim und der Tagespflegeeinrichtung St. Josef. In Zusammenarbeit mit einem Investor baut die GmbH zurzeit die teilweise denkmalgeschützte Wasserburg Trips zu einem Alten- und Pflegeheim um, sodass das stationäre Pflegeangebot der Stadt Geilenkirchen erweitert werden kann. Die sanierte Burg wird 80 Bewohnern ein Heim bieten.

Andrea Heinrichs

Anna-Roles-Haus fertig

Im April wurde die Wohnanlage Anna-Roles-Haus in Alsdorf, Willy-Brandt-Ring 123, auf dem ehemaligen Gelände der Zeche Anna feierlich eingeweiht. 24 Menschen mit Behinderungen haben dort nun ein neues Zuhause gefunden. Das Anna-Roles-Haus wird in der Einrichtungsleitung des Vinzenz-Heimes Aachen / Josefs-Gesellschaft getragen.



„Ich heis Fritz und kann nit schreibe und lese“

Heute ist das nicht mehr so. Ich habe schreiben und lesen gelernt.

Seit sieben Monaten bin ich in der sozialtherapeutischen Trainingseinrichtung „Impuls“. Mein Leben war von Alkoholismus, Wohnungslosigkeit und Haft geprägt. In der Kindheit haben mir meine Eltern den Weg zur Schule versperrt. Ich musste Hausarbeit erledigen und meine jüngeren Geschwister versorgen. Vater und Mutter waren beide in der Fabrik beschäftigt. Wenn ich dann und wann mal in der Schule auftauchte, waren meine Noten sehr schlecht. Von anderen Schülern wurde ich gehänselt. Nach der siebten Klasse habe ich die Schule verlassen.

Mit 14 Jahren hatte ich eine eigene Wohnung, bezahlt durch das Jugendamt. Betreut wurde ich durch eine Sozialarbeiterin. Ich trank Alkohol und lernte Haschisch kennen. Meine Eltern sind auch Alkoholiker. Ich schämte mich, weil ich nicht lesen und schreiben konnte. Zeigte mir jemand einen Zeitungsbericht sagte ich, dass ich meine Brille vergessen habe. Sollte ich bei Behörden Formulare ausfüllen, gab ich an, dass mein Handgelenk verstaucht sei. Suchte ich eine fremde Straße, musste ich mir Hilfe holen, weil ich das Straßenschild nicht lesen konnte, mit der Begründung, mir sei ein Tier ins Auge geflogen.

Der Einkauf wurde zur Qual, weil ich die Produktnamen nicht lesen konnte. Auf meinen Tisch kamen immer nur die gleichen Sachen, die ich kannte. Keiner sollte wissen, dass ich unfähig war, zu schreiben und zu lesen.

Meine Informationen bekam ich durchs Fernsehen. Das meiste verstand ich nicht. Hier erklärten mir die Therapeuten, dass mir das Hintergrundwissen durch Zeitungen und Zeitschriften fehlt. Weil ich mich schämte, trank ich immer mehr Alkohol. Eine Freundin hatte ich nicht, weil ich nicht ausgelacht werden wollte. Nach meiner Haft kam ich zu „Impuls“. Hier finden Einzelgespräche und Gruppentherapie statt. Einmal in

der Woche haben wir ein Kunst- und auch ein Sportangebot. Morgens sind Arbeitsprojekte. Jeden Tag sollen wir einen Bericht schreiben. Jetzt hing ich auch hier im Schlamassel. Die Therapeuten reagierten auf mein ewiges „Vergessen“. In der Gruppenstunde wurde ich angesprochen. Nach einigem Hin und Her konnte ich zugeben, dass ich Schreiben und Lesen nicht gelernt hatte. Ich habe erwartet, ausgelacht zu werden. Zu meinem Erstaunen stellte ich fest, dass andere Mitbewohner das gleiche Problem haben oder hatten.

Es fühlt sich gut an, nicht mehr damit alleine zu sein. Sie gaben mir ihre Erfahrung weiter. Die Therapeuten gaben mir Tipps und zeigten mir Möglichkeiten auf zu lernen.

Nachdem ich einen Monat hier war, habe ich mich bei der Volkshochschule angemeldet. Für den Weg zur VHS habe ich vier Tage gebraucht. Ich bin auf halber Strecke aus Scham umgekehrt. Durch helfende Begleitung habe ich den „Höllengeweg“ geschafft.

Als ich hier ankam, konnte ich nicht lesen und schreiben. Beim Vorlesen in den Selbsthilfegruppen habe ich das Blatt einfach weitergereicht. Nach sechs Monaten im Haus konnte ich so schreiben wie oben in der Überschrift.

Jetzt habe ich diesen Bericht mit Hilfe meines Einzeltherapeuten geschrieben. Er hat natürlich auch nach Fehlern geschaut. Ich fühle mich gut. Alle Therapeuten meinen, mein Selbstwertgefühl sei gestiegen. Mit einem guten Selbstwert brauche ich keine Drogen zu nehmen, um mich besser zu fühlen.

Auch in der Selbsthilfegruppe lese ich vor und habe Freunde gefunden. Ich werde meinen Weg gehen.

Liebe Leser, wenn Sie Menschen kennen, denen es so geht wie mir, machen Sie ihnen Mut, und lachen Sie sie nicht aus. ◀

„Fritz“ von Peter Nüssgens (soz.-therap. Einrichtung „IMPULS“, eine Einrichtung des regionalen Caritasverbandes Aachen-Stadt und Aachen-Land)

Etliche Monate nach dem verheerenden Hochwasser im Erzgebirge gab es immer noch alle Hände voll zu tun. Das bekamen auch zwölf Zivildienstleistende aus dem Bistum Aachen zu spüren, als sie sich ins Erzgebirge aufmachten, um dort fünf Tage lang eine Werkwoche zu verbringen. Und weil das praktische Tun im Vordergrund stehen sollte, war Arbeit mit Pickel und Schaufel angesagt.

Theresia Heimes

Erschütternde Gedenkstunde

Vor 60 Jahren wurden geistig behinderte Bewohner des St.-Josefs-Hauses in Mönchengladbach-Hardt deportiert und ermordet

„Die Ermordeten fordern uns auf, nicht zu vergessen“, mahnte Heimleiter Hermann Esser. Im Gedenken an die Getöteten, die nach der Rassenideologie der Nationalsozialisten als „unwertes Leben“ galten, richtete das St.-Josefs-Haus in Mönchengladbach-Hardt eine Gedenkfeier aus, die mit einer Eucharistiefeier in der Pfarrkirche St. Nikolaus und der Einsegnung einer Gedenkstätte auf dem Gelände ausklang.

1943 wurden 378 geistig behinderte Kinder und Jugendliche nach Twarki in Polen, nach Wien und nach Niedernhardt bei Linz deportiert und die meisten von ihnen ermordet.

In Anwesenheit der überlebenden Zeitzeugen Wolfgang Peters, Franz Fallis und Johann Fleissgarten sowie zahlreicher Gäste aus Politik, Verwaltung und Kirche versuchten die Redner der Feierstunde ihrer Betrof-

fenheit über das Geschehene Ausdruck zu verleihen. „Lange Zeit waren auch wir hier im St.-Josefs-Haus sprach-

los über diese Gräueltaten“, sagte Heimleiter Esser. Die Provinzoberin der Vinzentinerinnen, Schwester Cypriana Ploskal aus Köln, erinnerte an einige geglückte Versuche von Ordensschwwestern, Kinder vor der Tötungsmaschinerie zu retten. „Den meisten konnten sie jedoch nicht helfen. Das Mahnmal ruft uns dazu auf: Nie wieder! Wehren wir den Anfängen – auch heute!“, rief sie.

Mönchengladbachs Oberbürgermeisterin Monika Bartsch betonte in ihrer Ansprache, dass niemals der Mantel des Schweigens über die Verbrechen gebreitet werden dürfe. Sie dankte den Vinzentinerinnen für das Gedenken im Gebet während der Messfeier. ◀



*Drei Überlebende
am Gedenkstein:
Wolfgang Peters (li.),
Franz Fallis (re.) und
Johann Fleissgarten
(sitzend)*

Foto: Hermann Esser

Ehrungen

Für ihre caritative Tätigkeit haben folgende Personen das **Goldene Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes erhalten:

am 16. Mai 2003 **Christa Eichmanns**, Altentagesstätte der kath. Pfarrgemeinde St. Maria Rosenkranz, Mönchengladbach;

am 3. Juni 2003 **Adelheid Klinkenberg**, St.-Antonius-Hospital, Eschweiler;

am 28. Juni 2003 **Margarete Jendrzey**, kath. Pfarrgemeinde St. Nikolaus, Düren-Rölsdorf;

am 8. Juli 2003 **Elisabeth Bohnen, Elisabeth Brunen, Franzi Fierley, Hans Fierley, Gertrud Gartz, Ursula Jansen, Maria Kimmer, Karl Pfeffer, Ursula Ploenes** und **Anneliese Zanders**, alle kath. Pfarrgemeinde St. Sebastian, Nettetal-Lobberich.

Heribert Kamper hat die Dank-Medaille des Deutschen Caritasverbandes erhalten. Kamper wurde für seinen rastlosen Einsatz bei Sanierung und Bau Krefelder Altenheime geehrt.

Für ihre caritative Tätigkeit haben folgende Personen das **Silberne Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes erhalten:

am 1. Mai 2003 **Renate Wüster**, Altenheim Haus Maria Hilf, Viersen;

am 5. Mai 2003 **Gabriele Rädisch**, Caritasverband für die Region Eifel; **Johannes Knur** und **Klemens Konermann**, beide Caritasverband für das Bistum Aachen;

am 12. Mai 2003 **Wilhelm Grabo**, Don-Bosco-Haus, Aachen;

am 16. Mai 2003 **Elisabeth Merckens, Kläre Merckens** und **Gerda Hagedorn**, alle Altentagesstätte der kath. Pfarre St. Maria Rosenkranz, Mönchengladbach;

am 3. Juni 2003 **Theo Ahrens, Antonie Breuer, Ursula Mayer, Helene Schüppen** und **Barbara Wagner**, alle St.-Antonius-Hospital, Eschweiler;

am 23. Juni 2003 **Anneliese Kirschbaum, Sophie Kosanke** und **Marianne Müller**, alle kath. Pfarrgemeinde St. Cyriakus, Düren-Niederau; **Angelika Breuer** und **Anna Müller**, beide Caritaspflegestation des Caritasverbandes für die Region Düren-Jülich;

am 8. Juli 2003 **Irmgard Eickelpasch, Lotte Feuser, Tini Hackenbruch, Gertrud Mevissen** und **Maria Spütz**, alle kath. Pfarrgemeinde St. Sebastian, Nettetal-Lobberich;

am 15. Juli 2003 **Helga Schumacher**, Erziehungsberatungsstellen, Aachen.



Essen

Was wirklich zählt, ist, den Sterbenden auf seinem Weg nicht allein zu lassen. Foto: DICV



Keine aktive Sterbehilfe

Streitfall Euthanasie: Ruhr-Caritas bezieht Position

Zum Thema einer Fachtagung „Streitfall Euthanasie“ in Mülheim stellte die Ruhr-Caritas klar und eindeutig ihre Position heraus: Keine aktive Sterbehilfe in Deutschland!

Wie hochbrisant dieses Thema sowohl medizinisch als auch gesellschaftlich ist, schilderte Prof. Hans-Gerd Nehen: „Für die Sterbebegleitung in den Kliniken bleibt bald keine Zeit mehr“, so der Chefarzt des Geriatrie-Zentrums „Haus Berge“ im Elisabeth-Krankenhaus in Essen. Der wirtschaftliche Druck im Gesundheitssystem wachse enorm, sodass die durchschnittliche Verweilzeit auf geriatrischen Stationen von 18 Tagen bald auf zehn schrumpfen würde. Auch in ethischer Hinsicht stoße die Medizin an ihre Grenzen.

Prof. Wolfram Höfling, Staatsrechtsexperte der Uni Köln, zeigte auf, wie problematisch die rechtliche Situation der Patientenverfügungen ist: Im Zweifelsfall müssten immer noch Richter darüber entscheiden, ob der Todes-Wille eines Patienten auch wirklich angebracht sei: „Das ist ein juristisches Labyrinth.“ Höfling

stellte die Forderung, dass Hausärzte eine entscheidende beratende Rolle bei Patientenverfügungen bekommen sollten, und machte auf den wachsenden Bedarf an Hospizen und Schmerz-Behandlung der so genannten Palliativ-Medizin aufmerksam.

Dafür brauche es vor allem gut ausgebildetes Personal und die nötige Zeit zur Betreuung der Sterbenden, sagte Gisela Sträter, langjährige Pflegedienstleiterin aus Freiburg: „Eine Sonde kann keine Zuwendung ersetzen.“ Diese komme beim derzeitigen Personalmangel und den finanziellen Engpässen aber häufig zu kurz.

Als „Verbrechen gegen das Leben“ bezeichnete der Münsteraner Moraltheologe Prof. Bernhard Fraling die aktive Sterbehilfe. Der Mensch könne sich nicht anmaßen, über die Wertigkeit von Leben zu empfinden. Sehr wohl sieht Fraling aber eine Differenzierung zwischen Töten (aktiver Sterbehilfe) und Sterben-Lassen.

Darin waren sich auch die Teilnehmer der Tagung weitgehend einig: „Wenn jemand nicht mehr leben will und keine Heilchancen mehr bestehen, muss man ihn nicht unnötig leiden lassen“, findet Christine Stahl, Altenpflegerin im St.-Anna-Heim in Essen. Wichtiger wäre, den Menschen zu vermitteln: „Du bist nicht allein“, sagte Schwester Irmgard, die Sterbende seelsorglich begleitet. „Wir müssen uns viel mehr Gedanken machen über den Tod und dass er ja eigentlich zum Leben gehört“, sagte Stahl. ◀

mik

Sozialstation: Rettung in Hattingen

Nach zwei Jahren der Unsicherheit ist jetzt die Zukunft der Caritas-Sozialstation in Hattingen gesichert. Seit dem 1. Juli haben die Pflegedienste Essen die Trägerschaft übernommen. Im Beisein von Weihbischof Franz Vorrath unterzeichneten jüngst der Vorsitzende der Caritas Hattingen-Schwelm, Friedrich Jansen, Kreisdechant Prälat Heinz-Dietmar Janousek, Friedhelm Jansen als Caritasdirektor für Hattingen-Schwelm sowie der Geschäftsführer der Pflegedienste Essen gGmbH von Caritas und Katholischen Kliniken, Sasan Nassehi, den Übernahmevertrag für die Sozialstation.

Weitere Infos unter Tel.: 0 23 24 / 20 22 60

Neue Profi-Eltern gesucht!

Vor zwei Jahren startete das Schifferkinderheim Nikolausburg der Duisburger Caritas ein so genanntes Erziehungsstellen-Programm, die „Profi-Eltern“. Sieben Kinder mit Entwicklungsstörungen oder Verhaltensauffälligkeiten wurden bisher in die Hände professionell betreuender Eltern (ein Elternteil benötigt entsprechende pädagogische Qualifikationen) vermittelt. Jetzt werden neue Familien gesucht. Wer an die-

sem Projekt teilnehmen will, wird im Vorfeld intensiv geschult und ständig von einer Fachberaterin betreut. Seit letztem Jahr sind die „Profi-Eltern“ auch miteinander vernetzt – es gibt monatliche Teamsitzungen und gemeinsame Freizeitaktionen. ◀

Infos unter Tel.: 02 03 / 8 09 96-0, Eva Hass



Foto: DICV

Hilfe für die „Kinderseele“

Die „Kinderhilfeambulanz“ der Caritas in Bochum öffnete jetzt in der Ostermannstraße 32 ihre Pforten. In Kooperation mit dem Bochumer Jugendamt werden hier Kinder und Jugendliche betreut, die von einer seelischen Behinderung bedroht sind.

Oft beginnt es mit normalen Schulproblemen. Aber auch eine Lese-Rechtschreib-Schwäche (LRS) oder ein Aufmerksamkeitsdefizit (ADS) kann der Auslöser für seelische Probleme sein. Besonders wichtig ist hier die Aufmerksamkeit der Eltern und Lehrer, damit professionelle Hilfe schnell greifen kann.

Seit Anfang des Jahres prüft eine zentrale „Clearingstelle“ des Jugendamtes, ob eine drohende seelische Behin-

derung vorliegt. In diesem Fall können unter Umständen eine staatliche Kostenübernahme und die Überweisung an die Kinderhilfeambulanz beantragt werden. Dort können die Kinder ein Lese- und Rechtschreibtraining absolvieren – darüber hinaus können Begleitstörungen wie Minderwertigkeitsgefühle, Depressionen oder psychosomatische Erkrankungen von einem multiprofessionellen Team aus Heil- und Sozialpädagogen, Psychologen und Kinderpflegern aufgefangen werden. „Unser Ziel ist es, durch eine intensive Eltern- und Schularbeit bereits in der Frühphase potenziell gefährdete Kinder zu erfassen und angemessen zu fördern“, beschreibt Dr. Kossak die präventiven Bemühungen der Fachstelle. ◀

as

Menschen in der Caritas



Ursula Hülsmann
Foto: privat

Die Caritas im Ruhrbistum trauert um **Dr. Ursula Hülsmann**, die sich von Bochum aus viele Jahre lang als ehrenamtliche Mitarbeiterin für die Interessen benachteiligter Mitmenschen eingesetzt hat. Als Trägerin der Bundesverdienstmedaille lag der Verstorbenen besonders das Schicksal der Kriegsoffer im ehemaligen Jugoslawien am Herzen. Ihr jüngstes Projekt war die Einrichtung einer Behindertenwerkstatt in Zagreb. Frau Dr. Hülsmann (63) war auf dem Weg nach Kroatien, als der Tod sie ereilte.

15 000 Euro überreichte der Erzbischof der syrisch-orthodoxen Kirche von Antiochien, **Mon. Dionysios Isa Gürbüz** (Bildmitte), jetzt dem Vorsitzenden des Caritasverbandes Essen, **Weihbischof Franz Vorrath**. Das Geld wurde in über 50 Gemeinden der Exilkirche gesammelt und ist bestimmt für Kinder der Flutopfer im Osten.



Foto: Martin Engelbrecht



*Schule und Jugendhilfe müssen, so die AGkE, an einem Strang ziehen, um vergleichbare Bildungschancen für alle Kinder zu schaffen.
Foto: Christoph Grätz*

Die AGkE im Bistum Essen beobachtet mit Sorge die Entwicklungen zur Fragestellung der Aufgabenkonkurrenz zwischen Jugendhilfe und Schule. Allzu leichtfertig wird ein Konzept als neuer Königsweg vertreten unter der Überschrift „Weniger Jugendhilfe – mehr Schule?“. Dieses Konzept sei zu kurz gedacht, wenn als Absicht nur übrig bleibe, die Jugendhilfe in ihren Einflussmöglichkeiten zu begrenzen. „Bessere Bildungsergebnisse zu erzielen, ohne die Betonung auf die Position der Jugendhilfe im Hinblick auf ihren besonderen Bildungsauftrag zu stärken“, sei, so Engels, „wie Segeln ohne Wind!“

Die AGkE betont, dass es zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes NRW und zur Schaffung vergleichbarer Lebensbedingungen und Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen die Aufgabe von Landespolitik und Landesregierung ist, Bildung als gemeinsame Aufgabe von Schule wie Jugendhilfe voranzubringen. Dabei kann und darf auf die Kompetenzen der Kinder- und Jugendhilfe nicht verzichtet werden.

Die Gleichrangigkeit von Jugendhilfe und Schule sei hierbei „selbstverständliche Voraussetzung“. Ohne eine gemeinsam betriebene Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung könne eine grundlegende Reform des Bildungssystems nicht gelingen. Und das bedeute auch, dass den Kindern unter Umständen Kompetenzen fehlten, die sie zum Leben brauchten. ◀

Infos: Geschäftsstelle der AGkE, Tel.: 02 01 / 8 10 28-520

Pro Jugendhilfe – pro Schule!

AGkE: Horte dürfen nicht für die Offene Ganztagschule geopfert werden

„Was derzeit Hort und andere Angebote der Jugendhilfe leisten“, gibt Rosemarie Engels, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen im Bistum Essen (AGkE), zu bedenken, „darf nicht für die Offene Ganztagschule geopfert werden.“



Foto: DICV

Vorbildlich

Caritas schafft neue Ausbildungsplätze

Es geht auch anders: Frei nach diesem Motto hat die Caritas im Ruhrbistum jetzt ein beispielhaftes Zeichen gesetzt. Angesichts der katastrophalen Lage auf dem Ausbildungsmarkt wurden (und werden) bistumswweit in diesem Jahr insgesamt 22 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen. Schon seit „ewigen Zeiten“ bieten die Caritasverbände im Ruhrbistum eine Vielzahl von Ausbildungsplätzen in verschiedenen Bereichen und Schulformen an. Insgesamt stehen für junge Leute über 3 000 Plätze zur Verfügung. ◀

Orden für Obdachlose

Sie hatten bei der großen Flut geholfen

Im Namen des Freistaates Sachsen überreichte Lüdenscheids Bürgermeister Friedrich Karl Schmidt sechs Obdachlosen Verdienstorden und dankte für den selbstlosen Einsatz. Die Männer, Besucher der Caritas-Beratungsstelle für Wohnungslose, hatten spontanen Hilfeinsatz bei der Flutkatastrophe in Sachsen geleistet.

Caritasdirektor Ulrich Hins (Lüdenscheid) betonte: „Das Besondere dieses Einsatzes liegt darin, dass Menschen, die selbst Hilfe brauchen, hier einen schnellen und beispiellosen Einsatz gezeigt haben.“



Essen



Caritas und Politik an einem Tisch

Foto: Christoph Grätz

Zuwanderungsgesetz jetzt!

Als einen wichtigen Partner bei der Betreuung der Aussiedler hat der Bundesbeauftragte für Aussiedler und nationale Minderheiten, Jochen Welt (MdB), die Caritas bezeichnet. Deshalb sei es wichtig, auch mit den „handelnden Ebenen“ zu sprechen, um die Realitäten zu erfahren, sagte Welt bei der „Visite“ der Ruhrcaritas in Essen. Der Bundesbeauftragte unterstützte die Cari-

tas deutlich bei ihrem Wunsch nach einem eindeutigen Zuwanderungsgesetz: „Wir brauchen da dringend eine Regelung.“ Zurzeit kämen rund 6 000 Aussiedler pro Monat in die Bundesrepublik. In den Herkunftsländern würden aber immer weniger Anträge gestellt und die Zahl der Zuwanderer werde weiter sinken. Einig war man sich, dass Sprachkurse ein wichtiges Schlüsseldetail sind, Integration und Eingliederung aber weitere Anstrengungen erforderten. Kirche und Caritas sind hier aufgerufen, Hilfen zu geben, die finanzierbar sind. Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes wünschte sich zum Schluss des Gespräches, dass diese Treffen, eventuell auch mit „Betroffenen“, öfters stattfinden, damit die Verantwortlichen in Politik und Kirche weiterhin wüssten, wo die Nöte liegen und was – gemeinsam – getan werden kann. ◀

Berichtigung

Michaela Wiedemhöver, Mitglied im neuen Vorstand des SkF im Bistum Essen, stammt nicht – wie in CiNRW 3/03 gemeldet – aus Bottrop, sondern ist als Geschäftsführerin beim SkF Bochum tätig.

Plus bei Spenden

Gegen den Trend hat die große Haussammlung 2002 von rund 12 000 Sammlern/-innen ein Rekordergebnis erbracht. Es kamen fast 940 000 Euro zusammen und damit 10,2 Prozent mehr als im Advent 2001. Kommen-

tar von Rudi Löffelsend, Pressesprecher der Ruhrcaritas und zuständig für die Haussammlungen: „Danke. Die Sammlungen sind bei ständig sinkenden öffentlichen Mitteln und Kirchensteuern ein Bollwerk gegen die Handlungsunfähigkeit der Caritas als Liebeswerk der Kirche.“ ◀

Caritas-Telegramm

Bottrop. Der Arbeitslosentreff „Die Stube“ wird auch weiterhin für Interessierte offen sein. Allerdings wird die Arbeitslosenberatung jetzt entsprechend dem Hartz-Konzept nur noch über das Arbeitsamt in Job-Centern angeboten. „Die Stube“, gemeinsam „betrieben“ von Caritas und evangelischer Kirche, will daher künftig nicht nur Begegnungs-, sondern verstärkt auch Bildungsstätte sein. Konkrete Seminarangebote und weitere Infos gibt's immer freitags ab 13 Uhr in den Räumen an der Schützenstraße bei Axel Lippek und Bernhard Szamida.

Bottrop. Mit jeweils 1 000 Euro unterstützten die Caritasstiftung Essen und ein Bottroper VW-Händler den Kauf eines neuen Autos für den Caritas-Kleiderladen. In ihm sind derzeit innerhalb der Aktion „Arbeit statt Sozialhilfe“ vier Mitarbeiterinnen sowie ein Zivi tätig. Fast 3 000 Kunden nutzten 2002 die Angebote des Kleiderladens.

Bochum. Trotz großer Probleme (z. B. Pflegenotstand) konnte die Orts Caritas die Migrationshilfe um eine Hausaufgabenbetreuung erweitern. Die Beratungsstelle „Neuland“ als Angebot zur Therapie verurteilter Sexualtäter und die katholische Straffälligenhilfe konn-

ten finanziell gesichert und weitergeführt werden. Unterstützt wurde von den Bochumern auch die Zentrale Sammelstelle für Humanitäre Hilfsgüter: Genau 2 763 Pakete mit Decken, warmer Kleidung und Hygieneartikeln wurden für das Frauengefängnis in Gomel/Weißrussland gesammelt und verteilt.

Essen/Gelsenkirchen. 20 Leiterinnen von katholischen Tageseinrichtungen für Kinder schlossen jetzt erfolgreich einen bistumsweiten Qualifizierungskurs ab. Ziel dieser berufs begleitenden Fortbildung war die Weiterentwicklung der beruflichen Identität als Leiterin. In einer kleinen Feierstunde überreichte Bernd Lösken, Koordinator im Referat Kinder der Ruhrcaritas, die Abschlusszertifikate.

Essen. Mit 110 000 Euro unterstützte die Ruhrcaritas die Umwandlung eines alten Dominikanerklosters in ein modernes Altenheim im böhmischen Litomarice (zwischen Dresden und Prag). Die neuen Bewohner (32 alte Menschen) hatten während der Jahrhundertflut im letzten Jahr alles verloren. Der Bischof von Litomarice, Josef Koukl: „Danke für die großzügige Hilfe.“



Köln



Foto: Achim Pohl

Kinder brauchen Horte!

Die Aktion – initiiert vom Erzbistum Köln und dem Diözesan-Caritasverband Köln – erhält immer mehr Zuspruch. Aktuelle Informationen, Termine, Aktionen und Meinungen gibt es unter www.katholischer-hort.de und www.pro-hort.de. Die Kampagne richtet sich gegen die Pläne der Landesregierung, bis zum Schuljahr 2007/2008 die Horte zugunsten der Offenen Ganztagschule aufzugeben.

Lernen für sich und die Gemeinschaft

„Service Learning“ motiviert junge Menschen für das freiwillige Engagement

Von Alfred Hovestädt

Sie interviewen den Bürgermeister, untersuchen die Wasserqualität in der Gemeinde, decken Umweltprobleme auf und engagieren sich in sozialen Institutionen. Schüler in den USA werden seit einigen Jahren mit der Methode des Service Learning unterrichtet. Professor Dr. Harry Silcox, einer der Begründer dieser neuen Lernmethode, informierte über die Erfolge während der Sommeruniversität Ehrenamt des Diözesan-Caritasverbandes Köln in Bensberg.

Elf katholische Schulen aus dem Erzbistum Köln hatten sich spontan für das Service Learning interessiert. Lehrer und einige Schüler nahmen an Workshops teil, ließen sich die Erfahrungen demonstrieren und erprobten die Methode selbst. Service Learning ist in erster Linie eine Lehr- und Lernmethode, in der freiwillige Dienste, die in der Kommune oder Kirchengemeinde von Schülerinnen und Schülern erbracht werden, mit dem Schulcurriculum verknüpft werden. Die Schüler

wenden ihr erworbenes Wissen konkret an und lernen dabei auch, soziale Verantwortung zu übernehmen. Das funktioniert selbst bei Themen aus dem betriebswirtschaftlichen Unterricht, erläuterte Silcox das Vorgehen. So haben junge Studenten in Amerika Bewohnern von Altenheimen bei der Erstellung ihrer Steuererklärung geholfen. Es entstehen Win-Win-Situationen: auf der einen Seite konkrete Hilfestellung für ältere Mitbürger, auf der anderen Seite praktisches Lernen von Steuerrecht. „Die Erfahrungen in den USA zeigen“, weiß Thomas Möltgen, zuständig für die Freiwilligenarbeit im Diözesan-Caritasverband, „dass sich Schüler, die nach der Methode des Service Learning unterrichtet wurden, eher bereit sind, sich freiwillig zu engagieren.“ Möltgen erhofft sich davon neue Perspektiven auch für das freiwillige Engagement junger Menschen. Er wünscht sich deshalb, dass sich diese Idee schon bald auch in Deutschland etabliert. ◀



Foto: Gabrio

Weitere Informationen:
Diözesan-Caritasverband,
Dr. Thomas Möltgen,
Tel.: 02 21 / 20 10-1 35,
E-Mail: Thomas.Moeltgen@caritasnet.de



*Entwurf der Ostansicht
der neuen Caritas-Werk-
stätten in Köln-Ossendorf*

Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung

Grundsteinlegung für neue Werkstätten in Köln-Ossendorf

Bereits im Sommer 2004 soll das neue Gebäude bezugsfertig sein und dann Arbeitsplätze für insgesamt 155 Menschen mit Behinderung beherbergen: Mit einer feierlichen Einsegnung beendete Caritasdirektor Pfarrer Franz Decker die Grundsteinlegung für eine neue Betriebsstätte der Werkstätten Gut Frohnhof für behinderte Menschen an der Heinrich-Rohlmann-Straße im Kölner Stadtteil Ossendorf. Die Beschäftigten werden nach unterschiedlichen Behinderungen differenziert gefördert. Besonderen Wert legt die Caritas auf eine freundliche Innengestaltung mit warmen Farbtönen. In der neuen Betriebsstätte werden die Unternehmen „CariTec“ (Expedition, Hauswirtschaft, EDV-Service und Industrie-Service) und „CariPrint Druck + Versand“ (Druckerei und Letter-Shop) angesiedelt sein. Auch die Lagerkapazitäten werden durch den Neubau vergrößert. Das Arbeiten von Menschen mit psychischer und physischer Behinderung unter einem gemeinsamen Dach ist neu in der Werkstättenpraxis. Für die Beschäftigten bietet das Konzept einerseits eine klare räumliche Trennung, aber auch die Möglichkeit der Kooperation. Geplant ist darüber hinaus, sportliche und

kreative Angebote zu machen und eine übergreifende sozialpädagogische Begleitung anzubieten. Finanziert wird das 5,6 Millionen Euro teure Objekt aus Mitteln der Caritas, des Bundes, des Landes und des Landschaftsverbandes Rheinland. ◀

Kölner Elisabeth-Preis

Die Verleihung des Kölner Elisabeth-Preises 2003 findet am Montag, 24. November 2003, um 19 Uhr in der „Galerie am Schloss“ in Brühl statt. Die CaritasStiftung im Erzbistum Köln zeichnet mit dem Preis in diesem Jahr besonders vorbildliche Initiativen, Projekte und Modelle von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Caritas aus. Der Kölner Generalvikar Dr. h.c. Norbert Feldhoff wird den Preis verleihen; musikalisch begleitet wird die Veranstaltung von der Gruppe „Lirico“. Alle Interessierten sind herzlich zur Preisverleihung eingeladen. Nähere Informationen gibt es unter Tel.: 02 21 / 20 10-3 09.

Vierfaches Jubiläum

Gleich vierfachen Anlass zum Feiern gab es in der Geschäftsstelle am Jubiläumsplatz des Vereinsverbandes des SKFM für den Kreis Mettmann.

Der Zusammenschluss der Mitgliedsvereine SKFM Erkrath, Haan, Hilden, Heiligenhaus, Mettmann, Monheim und Wülfrath und des SkF Langenfeld blickt auf ein Vierteljahrhundert erfolgreicher Arbeit zurück. Die Schwangerschaftsberatung *esperanza*, die heute vier Stellen im Kreisgebiet unterhält, wurde ebenfalls vor 25 Jahren gegründet.

Seit 15 Jahren besteht der Ortsverein des SKFM Mettmann, der hauptsächlich Hilfe für psychisch kranke Menschen anbietet. Und auch das Frauenhaus hatte

einen runden Geburtstag zu verzeichnen: Seit zehn Jahren finden Frauen und Kinder hier Schutz vor gewalttätigen Männern und Vätern. Insgesamt bemühen sich mehr als 350 ehrenamtliche und 220 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Unterstützung, Begleitung und Beratung in individuellen Lebenslagen anzubieten, und begingen das Jubiläum mit einem feierlichen Gottesdienst und Festakt, Mitarbeiterfest und einem Fachtag. ◀

Harald E. Gersfeld



*Freuen sich über das Jubiläum:
Geschäftsführerin Regina Kampmann
und stellvertretender Vorsitzender Rolf Watty.
Foto: Gersfeld*



Köln

Theater gegen Sprachlosigkeit

„Spielend“ Deutsch lernen auf der Bühne

Weitere Informationen

erteilt:

IN VIA SprachSpiele,

Tel.: 02 21 / 93 18 10 24,

E-Mail: Sprachspiele

@INVIA-Koeln.de

Erzbistum Köln. Sprachkompetenz und Selbstvertrauen vermitteln, das ist die Intention des Projektes SprachSpiele von IN VIA e.V. Bereits zum zweiten Mal ist es dem Projekt des Vereins katholischer Mädchensozialarbeit gelungen, ein Theaterstück mit 24 Jugend-

Das Projekt SprachSpiele verhilft jungen Ausländern zu mehr Orientierung.

Foto: IN VIA

lichen aus sieben Nationen auf die Bühne zu bringen. Auch Bühnenbild, Kostüme, Layout für Plakate, Flyer und Theaterkarten gestalteten die jugendlichen Teilnehmer. Aufgeführt wurde das Stück „Chioggia ist überall“, angelehnt an eine Komödie von Carlo Goldoni. „Chioggia“ zeigt, wie Missverständnisse und Vorurteile aufgrund von Sprachlosigkeit und mangelndem Ausdrucksvermögen entstehen. Ein Streit entfacht sich an einem simplen Eis und führt zu allerlei Turbulenzen, Handgreiflichkeiten, endet aber dann doch noch glücklich.

Die Fähigkeit, aus ihrer Sprachlosigkeit herauszutreten, ist das, was das Projekt seinen Teilnehmern mit auf den Weg geben will. Viele Jugendliche kommen mit Träumen von einer Ausbildung nach Deutschland. Doch die große Hürde der Sprachbeherrschung lässt sie ständig an ihre Grenzen stoßen, im Alltag wie in der Schule. Das Projekt, das IN VIA bereits seit 2001 in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit durchführt, hilft den Jugendlichen, ihren Zielen ein ganzes Stück näher zu kommen. An erster Stelle stehen deshalb Sprachverbesserung und das Anliegen, mit den Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu erarbeiten. Neben dem klassischen Unterricht in Deutsch, Mathematik, EDV etc. und Praktika in Betrieben wird die Theaterarbeit als vorrangige Methode genutzt, die deutsche Sprache „spielerisch“ zu erlernen. Die neuen Rollen verbessern Redefluss, Intonation und generelle Sprachkenntnisse. Sie tragen dazu bei, das Selbstbewusstsein zu stärken und die Spirale von Nichtverstehen, Ausgegrenzt-Sein und Perspektivlosigkeit zu durchbrechen. ◀

Menschen in der Caritas

Goldene Ehrennadeln erhielten für 25 und mehr Jahre Mitarbeit in verschiedenen Einrichtungen der Caritas: **Margarete Schorn** für über 40-jährige Mitgliedschaft in der Caritaskonferenz Rheinbach, St. Martin; **Cilly Boeckh** für 25-jährige ehrenamtliche Mitarbeit in der Caritas-Kleiderstube, Dormagen; **Lucia Choina** und **Marija Butek** für 25-jährige Betriebszugehörigkeit zum Sankt-Josef-Zentrum für Orthopädie und Rheumatologie, Wuppertal; **Margret Espanion** für 30-jähriges Engagement in der Gemeindec Caritas der katholischen Kirchengemeinde St. Jakobus, Köln-Widdersdorf;

Radojka Kardum für 25-jährige Mitarbeit beim Caritasverband für die Stadt Köln; **Wilhelm Meuser** für 50-jährige ehrenamtliche Mitgliedschaft im Kuratorium der Heimstatt Adolph Kolping e.V., Solingen; **Marieluise Schlepütz** für 25-jähriges Engagement im Caritaskreis der Pfarrgemeinde St. Suitbertus, Ratingen; **Heinrich Schmitges** für 27-jährige haupt- und ehrenamtliche Tätigkeit in Einrichtungen des Caritasverbandes für den Erftkreis und dem Sozialdienst Katholischer Männer; **Anneliese Haag** für 34-jährige Mitarbeit in der Caritasberatungsstelle im Dekanat Brühl.

„Alle Tage Sonntag?“

Drittes Caritas-Kulturforum über Freizeitfrust und Lebenslust im Alter

Köln. Szenenfolgen aus dem Stück „Alle Tage Sonntag“ des Altentheaters des Freien Werkstatt Theaters standen auf dem Programm des dritten Caritas-Kulturforums. Mit spritzigen Texten, treffenden Pointen und raschem Tempowechsel nahmen 17 Akteure zwischen 59 und 85 Jahren unter künstlerischer Leitung der Regisseure Ingrid Berzau und Dieter



Foto: Marianne Jürgens

Scholz das Rentnerdasein, Zeitvertreib im Alter und sich selbst mit viel Ironie auf die Schippe. Dabei kamen Konflikte zwischen Jung und Alt und alte und neue Beziehungen ebenso zur Sprache wie die Frage nach dem Wie des Älterwerdens und persönliche Rückblicke. Ein Blick in die Zukunft, in der es immer mehr ältere Menschen geben wird, rundete den Theaterabend ab. ◀

Caritas-Telegramm

Düsseldorf. Ein Wochenend-Trauerseminar führt die Fachberatung Hospizarbeit der Caritas auch in diesem Herbst durch. Angesprochen sind alle, die sich in einer Abschiedssituation befinden und dabei Hilfe suchen. Das Trauerseminar bietet die Möglichkeit, die persönliche Trauer in einer kleinen Gruppe intensiver zu bearbeiten. Bei der Teilnahme am Seminar sollte der Todesfall bereits sechs bis neun Monate oder länger zurückliegen. Das Seminar findet statt am 8. und 9. November 2003, jeweils von 10.00 bis 17.00 Uhr im Caritas-Treffpunkt, Düsseldorf, Oststr. 64. Die Teilnahmegebühr beträgt 77 Euro. Darüber hinaus findet hier an jedem zweiten Dienstag von 17.15 bis 19.30 Uhr eine offene Trauergruppe statt, bei der Trauernde Gelegenheit haben, sich mit anderen Trauernden auszutauschen. Weitere Auskünfte erteilt: Caritas für Düsseldorf, Fachberatung Hospizarbeit, Konrad Blokesch, Tel.: 02 11 / 16 02-21 62.

Bergisch Gladbach. Nachdem der Sozialdienst Katholischer Frauen und Männer (SKFM) in Bergisch Gladbach seine Arbeit aus finanziellen Gründen einstellen musste, wird der Caritasverband RheinBerg jetzt die Aufgaben des Vereins übernehmen. Der SKFM leistete vor allem Familien sozialpädagogische Hilfe und übernahm die rechtliche Betreuung für Senioren. Die Caritas übernimmt 14 der ehemals 22 Angestellten des Vereins. Sie werden weiter den Menschen helfen, die sie bisher betreut haben. Die Betreuung von Menschen nach dem Betreuungsgesetz wird vom Caritasverband als neuer Fachdienst fortgeführt; alle anderen Aufgaben

des SKFM werden in bestehende Dienste der Caritas integriert.

Leverkusen. Einige Tage Ferien machen und trotzdem im eigenen Bett schlafen – eine Stadtranderholung für Senioren macht's möglich. Auch in diesem Herbst bietet der Caritasverband Leverkusen wieder ein vielseitiges Programm für ältere Mitbürger mit geselligen Nachmittagen, Musik, Möglichkeiten zu Gesprächen und Spaziergängen in landschaftlich reizvoller Umgebung rund um Altenberg. Termin: 27. 10. bis 31. 10. 2003. Die Kosten für eine Woche betragen 150 Euro; darin enthalten sind Fahrtkosten, Frühstück, Mittagessen, Kaffee und Kuchen. Weitere Auskünfte erteilt: Caritasverband Leverkusen, Ursula Sungen-Schneider, Tel.: 02 14 / 8 55 42 49.

Siegburg. Zu einem regelmäßigen Gesprächskreis treffen sich krebsbetroffene Männer unter Führung eines erfahrenen, psychologisch geschulten Leiters im Caritasverband für den Rhein-Sieg-Kreis. Die Männer sprechen über ihre Erfahrungen mit Mediziner, Krankenhäusern, Reha-Einrichtungen etc. Auch Bewältigungsstrategien wie Entspannungstechniken, Lebensplanung, Auseinandersetzung mit Angst und Stress sowie Gespräche über die Beziehungen (Partnerschaft, Familie, Kollegen, Arzt – Patient) finden ihren Raum. Jeder Teilnehmer kann in vertraulicher Atmosphäre über seine aktuelle Situation und sein persönliches Befinden sprechen. Weitere Auskünfte erteilt die Krebsberatungsstelle des Caritasverbandes für den Rhein-Sieg-Kreis, Monika von Wrede, Tel.: 0 22 41 / 12 09-3 08 oder -3 16.

Reine „Männerwirtschaft“

Bischof Lettmann weiht neues Altenpflegeheim für Wohnungslose ein

Ein besonderes Altenheim hat Bischof Reinhard Lettmann in Vreden eingeweiht. Sind ansonsten Frauen deutlich in der Mehrzahl, wohnen im St.-Antonius-Altenpflegeheim ausschließlich Männer.



Mit der Paulus-Plakette zeichnete Bischof Reinhard Lettmann den langjährigen Vorsitzenden des Vereins für katholische Arbeiterkolonien, Dr. Paul Hüffer, aus.
Foto: Harald Westbeld

Das Altenpflegeheim ist der Arbeiterkolonie St.-Antonius-Heim angegliedert, die in Vreden wohnungslose Männer betreut. Lettmann nutzte zudem die Gelegenheit, Dr. Paul Hüffer die Paulus-Plakette des Bistums Münster zu verleihen. Hüffer hat über 20 Jahre bis 2002 als Vorsitzender die Entwicklung der beiden Einrichtungen des Vereins für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen in Maria Veen und Vreden zu modernen Zentren stationärer Wohnungslosenhilfe vorangetrieben. Er hat ebenso die Planungen zum Ersatzbau des bisherigen Altenpflegeheims initiiert.

Auch im Alter ein Obdach zu bieten ist für den Verein für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen die konsequente Umsetzung seiner Ziele, wie der Vorsitzende Josef Sudbrock bei der Einweihungsfeier betonte. Begonnen habe der Verein Ende des 19. Jahrhunderts mit der Wandererarmenfürsorge, sich heute aber zu Zentren der stationären Wohnungslosenhilfe mit angeschlossenen Altenpflegeheimen fortentwickelt, in denen wohnungslose Menschen auf Zeit oder auf Dauer eine Heimat finden. In der Arbeiterkolonie werden ihnen neben einer Unterkunft verschiedene Möglichkeiten zu arbeiten angeboten. ◀

Verzerrungen angeprangert

Soziale Sicherungssysteme müssen die existenziellen Lebensrisiken mindern

Nicht jede soziale Leistung muss nach Ansicht der Caritas in der Diözese Münster als unverzichtbar verteidigt werden. Soziale Sicherungssysteme seien nur dann zukunftsfähig, wenn die für sie benötigten Finanzmittel auch tatsächlich erarbeitet und zur Verfügung gestellt werden könnten.

Auf dem 2. Gesundheitsforum des Diözesan-Caritasverbandes Münster erarbeiteten Wissenschaftler, Politiker und Praktiker aus Gesundheitseinrichtungen Eckpunkte einer Position der Caritas zur anstehenden Gesundheitsreform. Einig waren sich die Teilnehmer, dass „die sozialen Sicherungssysteme vorrangig auf die großen existenziellen Lebensrisiken begrenzt werden müssen, um bezahlbar zu bleiben“, fasste Diözesan-Caritasdi-

rektor Heinz-Josef Kessmann zusammen. Aufgabe der Caritas sei allerdings, bei einer Neuorientierung dieser Systeme sich für die Menschen einzusetzen, denen eine Eigenvorsorge nicht möglich ist. Hier müsse nach wie vor das Subsidiaritätsprinzip gelten und Gesellschaft sich solidarisch zeigen.

Seine Stimme erheben will der katholische Wohlfahrtsverband in der Diözese Münster auch gegen Verzerrungen im Gesundheitssystem, die teuer sind, aber nicht dem Wohl des Kranken dienen. So würden beispielsweise viel zu große Summen für das Marketing von Medikamenten verschwendet. Ebenso ineffektiv sei, ständig die Bürokratie zulasten der medizinischen Leistungen aufzublähen. Bedenklich erscheint zudem der Trend zu überflüssigen Leistungen. Wenn das System auf existenzielle Risiken begrenzt werden müsse, könne nicht weiterhin „Lifestylemedizin“ finanziert werden. ◀

In einem Boot

Altenheime im Kreis Coesfeld schließen sich bei der Ausbildung zusammen

Im Kreis Coesfeld haben sich alle zehn katholischen Altenhilfeeinrichtungen zusammengeschlossen, um gemeinsam das Fachseminar für Altenpflege in Dülmen zu führen.

Damit ist erstmals in einem Kreisgebiet in der Diözese Münster eine flächendeckende Trägerschaft einer gemeinsamen Ausbildungsstätte erreicht worden. Der erste gemeinsame Haushaltsplan wurde in der konstituierenden Gesellschaftsversammlung im Fachseminar für Altenpflege im Dülmener Caritas-Haus



verabschiedet. Die Geschäftsführung wird weiterhin beim Caritasverband für den Kreis Coesfeld und bei der Heilig-Geist-Stiftung bleiben. Zur Vermeidung eines Pflegenotstandes ist beschlossen worden, einen zusätzlichen Ausbildungskurs mit 20 Plätzen in diesem Jahr zu finanzieren. Die vom Land vorgegebenen Bedarfswahlen werden von den Altenhilfeeinrichtungen für deutlich zu gering angesehen. ◀

*Jetzt alle in einem Boot: die Vertreter der katholischen Altenheime im Kreis Coesfeld
Foto: Harald Westbeld*

In Kinder investieren

25 Jahre kirchliche Anerkennung der Schwangerschaftsberatung im Bistum

Investitionen in Kinder sichern die Zukunft, eine Investition in Aktien dagegen bleibt unsicher. Der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Paul Kirchhof, forderte deshalb eine deutliche Stärkung von Familien und Kindern.

Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1993 zur Schwangerschaftskonfliktberatung seien bisher vom Staat nur in Ansätzen verwirklicht worden. Kirchhof forderte beim Festakt zum 25-jährigen Jubiläum der kirchlichen Anerkennung katholischer Schwangerschaftsberatungsstellen im Bistum Münster, den gesetzlichen Anspruch von Müttern und Kindern auf staatliche Unterstützung endlich auszubauen.

Die Kirche im Bistum Münster trägt das Ihrige dazu bei. Bischof Reinhard Lettmann machte deutlich, dass die Beratung nach wie vor eine herausragende Bedeutung für das Bistum Münster hat. Allein im nordrhein-westfälischen Teil werden für die 15 Beratungsstellen 2,2 Millionen Euro jährlich für Personal- und Sachkosten aufgewandt. Nach dem Ausstieg aus dem staatlichen Beratungssystem hat die Kirche die Schwangerschaftsberatung noch ausgebaut. Eckpunkte dabei sind die Gründung der Heinrich-Tenhumberg-Stiftung und die Einstellung einer Juristin für die Sozialberatung.

Dieses Angebot wird gut angenommen, wie Anne Ruhe, zuständige Referentin im Diözesan-Caritasverband Münster, feststellen konnte. Die Beratungsstellen haben in den vergangenen Jahren ihr Angebot in vielfacher Weise erweitert. ◀

Handlungsempfehlungen

60 Praktiker aus 35 Altenheimen erarbeiten Praxisanleitung für Umgang mit Altersverwirrten

Handlungsempfehlungen für den Umgang mit altersverwirrten Bewohnern in Altenheimen hat die Caritas in Münster vorgestellt. Erarbeitet worden sind sie von 60 Mitarbeitern aus 35 Altenhilfe-Einrichtungen in der Diözese Münster im Rahmen des Projekts „Zukunftsfähigkeit der stationären Altenhilfeeinrichtungen“. Die Anleitungen sollen die Lebensqualität dementiell erkrankter Menschen erhalten und fördern. Alle Maßnahmen dazu haben sich bereits in der praktischen Arbeit bewährt. Die Broschüre, in der sie zusammengetragen sind, wird jetzt bundesweit allen Altenheimen angeboten. Die Handlungsempfehlungen ergänzen den im vergangenen Jahr herausgegebenen „Leitfaden zur Entwicklung eines Betreuungskonzeptes für dementiell erkrankte Bewohner“, der auf eine starke Nachfrage gestoßen ist.

Zu bestellen ist die Broschüre zum Preis von 22 Euro plus Versandkosten (16,50 Euro für die dem Diözesan-Caritasverband Münster angeschlossenen Einrichtungen) beim Projekt „Zukunftsfähigkeit der stationären Altenhilfeeinrichtungen“, Volker Supe, Tel.: 02 51 / 89 01-3 55, Fax 02 51 / 89 01-43 55, E-Mail: supe@caritas-muenster.de



Wie sie sind...

In der letzten Ausgabe wurde die Leitbildaktion „Caritas in 7 Sätzen“ vorgestellt, jetzt folgen die einzelnen Sätze

„Wir nehmen Menschen an, wie sie sind.“ So lautet der erste Leitsatz. Er steht für ein unbedingtes Ja zum Menschen, das niemanden ausschließt, und ist damit die Basis der Caritasarbeit. Denn der Caritas geht es um den Menschen in all seinen Befindlichkeiten und Zuständen – um den Menschen in seiner Ganzheit.

Bei der praktischen Arbeit mit diesem Satz stellt sich eine ganze Reihe von Fragen. Zum Schlüsselbegriff „wir“ ist zu klären: Welche haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter, welche Dienste und Einrichtungen gehören zu uns? Was zeichnet unser Profil aus, und sind wir als Gesamt-Verband oder -Einrichtung erkennbar? Wie gestalten wir unseren Außenauftritt?

Noch mehr Fragen ergeben sich zum zweiten Schlüsselbegriff: „Menschen annehmen, wie sie sind“: Sind wir erreichbar, zum Beispiel durch behindertengerechte Zugänge, günstige Öffnungszeiten ...? Denken wir in „Fällen“, „Krankheitsbildern“, „Klischees“ und „Schubladen“, oder sehen und begegnen wir den Menschen als Individuen? Suchen wir nach individuellen Lösungen und Wegen, oder gibt es Pauschalangebote für alle? Auch intern ist zu fragen, wie wir uns als Mitarbeiter annehmen, welche Rolle Hierarchie, Macht, Einfluss, Leistung und Ansehen spielen, ob es bei uns Mobbing und Ausgrenzung gibt und wie wir gegebenenfalls damit umgehen – und schließlich: Wie prägen wir als Dienstgemeinschaft unser „Wir“?

Menschen bewegen – Caritas

„Vergessen wir die Hauptsache nicht! Das Ziel ist der Mensch! Das Ziel der Religion ist nicht die Religion. Das Ziel des Evangeliums ist nicht das Evangelium. Das Ziel des Christentums ist nicht das Christentum. Das Ziel der Kirche ist nicht die Kirche: Das Ziel ist der Mensch, der seit der Menschwerdung Gottes geheiligte Mensch. Wenn uns der soziale Dienst im Sinne des Evangeliums gelingt, dann vollziehen wir zugleich eine Anbetung Gottes.“

(Henri Boulad SJ, Ägypten, Vizepräsident der Caritas Internationalis 1991-1995)

Der Begriff hat aber auch eine persönliche Dimension. Jeder muss sich selbst darüber klar werden, ob es ihm gelingt, sich selbst anzunehmen mit seinen Stärken und Schwächen, seiner Kraft und seinen Ängsten.

Solche Fragen und Aspekte werden in den Leitbildprozessen reflektiert und gemeinsam bearbeitet. In weiteren Schritten geht es darum, die Stärken und den Entwicklungs- und Korrekturbedarf zu erkennen. Wie können wir gute Standards halten und festigen, und wer oder was könnte uns bei Entwicklungen und Korrekturen unterstützen?

Das kann und sollte zu konkreten Veränderungsschritten führen, die messbar sind. Zum Beispiel könnte das die Überarbeitung eines gemeinsamen Außenauftritts sein, die Einführung regelmäßiger Mitarbeitergespräche, in denen auch die individuellen Rahmenbedingungen Berücksichtigung finden, oder die Verbesserung der Erreichbarkeit. ◀

Theodor Damm, Matthias Müller, Dieter Geerlings

Gleich 43 Frauen und Männer hat die Caritas Rheine für mindestens 20 Jahre ehrenamtliche Arbeit mit dem **Elisabethkreuz** ausgezeichnet. Für die Diözesanvorsitzende der Caritas-Konferenzen Deutschlands (CKD) in der Diözese Münster, Christa Wagner, wurde damit einmal öffentlich, wie groß das Engagement vor Ort ist. Die Arbeit der rund 12 000 ehrenamtlichen Caritas-Mitarbeiter in den Pfarrgemeinden geschieht eher im Verborgenen. Wagner bescheinigte den Geehrten in der Feierstunde, dass sie „der Kirche ein menschliches Antlitz geben“. In eine Welt, die auf Konsum ausgerichtet sei, brächten sie Wärme und Geborgenheit. Wie viel das so im Laufe der Jahre war, hatte Gemeindecaritas-Mitarbeiterin Maria Waltermann errechnet. Legt man drei bis fünf Stunden durchschnittlich pro Woche zugrunde und addiert das über 20 Jahre, sind das rund 200 000 unentgeltliche Stunden. Eine der Geehrten ist allerdings schon seit 44 Jahren aktiv.

Foto: Harald Westbeld

Caritas-Telegramm

Münster. Überraschendes Ergebnis nach der Untersuchung von 600 gemeinnützigen Einrichtungen: Die Eigenkapitalausstattung ist besser als im Durchschnitt des gewerblichen Mittelstands. Das bedeutet für die „Non-Profit-Unternehmen“ wie Altenheime oder Krankenhäuser künftig gute Chancen auf günstige Zinsen bei Investitionen. Denn die, so erläuterte Christoph Bickmann, Direktor der Darlehnskasse Münster (DKM), auf einer Tagung im Kolping-Tagungshotel in Münster, werden künftig nicht mehr einheitlich sein, sondern individuell nach dem Risiko des Kreditausfalls ermittelt. Das gilt nach den so genannten „Basel-II-Richtlinien“ für alle Kreditnehmer. Weil aber die Einstufungsverfahren der gewinnorientierten Wirtschaft den gemeinnützigen Einrichtungen von Kirche und Caritas nicht gerecht werden, hat die DKM federführend für die zehn Kirchenbanken in Deutschland ein eigenes Rating-System entwickelt.

Rheine. Die große Sommer-Radtour, die die Jugendlichen aus dem Jugendwohnhaus des Kinder- und Jugendheims der Caritas Rheine jedes Jahr unternehmen, führte diesmal von Litauen zurück an die Ems. Start war in der Partnerstadt Trakai. Dort schlossen sich einige litauische Jugendliche an, um die 1 100 bis 1 500 Kilometer gemeinsam zurückzufahren. Mehrere Firmen spendeten Material und ermöglichten damit auch ihnen die Tour.

Münster. Sechs Prozent aller Spendengelder, die Caritas International im vergangenen Jahr einnehmen konnte, stammen aus dem nordrhein-westfälischen Teil des Bistums Münster. Die Jahrhundertflut ließ die

Rekorde purzeln. 4,4 Millionen Euro in einem Jahr waren das höchste Ergebnis für die Caritas in der Diözese Münster. Bundesweit verzeichnete Caritas International mit 74,5 Millionen Euro ebenfalls das bisher spendenträchtigste Jahr.

Kreis Warendorf. 688 Menschen haben im vergangenen Jahr die Beratungsstellen von Quadro aufgesucht. Unter diesem Namen haben sich die vier Dienste von Caritas und SKM im Kreis Warendorf zusammengeschlossen. Sie legten jetzt ihren ersten gemeinsamen Jahresbericht vor. Hauptproblem ist auch hier der Alkohol, lediglich 17 Prozent der Klienten kamen wegen illegaler Drogen. Auffällig ist die Zahl der Erwerbslosen. Sie lag in 2002 schon bei 22 Prozent.

Herten. Einen etwas anderen Kneipenabend mit Bibelzitate gegen soziale Missstände veranstalteten Caritas und Diakonie in Herten. Das Problem ist nicht neu, denn schon der Prophet Amos kritisierte um 750 vor Christus Fehlentwicklungen, wie der Blick in die Bibel zeigt. Überlegt wurde von den Teilnehmern gemeinsam, wo soziale Missstände eklatant werden und was dagegen zu tun wäre.

Emsdetten. Etabliert hat sich ein Ehrenamtsprojekt der Caritas in Emsdetten. Seit gut einem Jahr gehen mittlerweile zehn Ehrenamtliche in Familien, um sie zu unterstützen. Früher war das mit Nachbarschaftshilfe und durch die größeren Familien zu regeln, heute ist Hilfe von außen notwendig, um beispielsweise die Kinder einmal in der Woche zu betreuen, den Spielgruppenbesuch für das Kind einer allein erziehenden Mutter zu organisieren oder sehr junge Mütter in den Fragen des alltäglichen (Haushalts-)Lebens zur Seite zu stehen. Die Gruppe Ehrenamtlicher wird dabei von einer Mitarbeiterin des Caritasverbandes begleitet.

Menschen in der Caritas

Wilfried Leusing, Leiter des Altenheims St.-Josef-Stift in Emsdetten, ist in den Vorstand des Verbandes „Katholischer Heime und Einrichtungen in Deutschland“ gewählt worden. Der Vorsitzende der Diözesanen Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (DiAG), **Franz Kewitz,** ist im Alter von 47 Jahren gestorben. Er hatte die DiAG seit 1990 geleitet und war an ihrem Aufbau seit 1987 beteiligt. Kewitz engagierte sich

zudem als Vorsitzender der Mitarbeitervertretung des St.-Antonius-Hospitals in Kleve. Er arbeitete dort auf der Intensivstation, auf der er auch verstarb. Die DiAG vertritt im Bistum Münster 1 100 Mitarbeitervertretungen.

Goldene Ehrenzeichen haben erhalten: **Tonius Pieper** (St.-Ludgerus-Stiftung, Billerbeck) und **Heribert Ribbrock** (Caritasverband Recklinghausen).



Gute Laune, neue Ideen



Wo sonst Theaterfreunde auf ihre Kosten kommen, trafen sich im Juli in der Paderborner PaderHalle erstmals die Caritas-Konferenzen zu einem Tag der Begegnung. Einen kräftigen „Schlussapplaus“ erhielt der CKD-Diözesanvorstand mit dem Gast des Tages, Dr. Stefan Dybowski, Geistlicher Begleiter des CKD-Bundesverbandes (mit Akkordeon). Foto: Sauer

1 600 Ehrenamtliche beim Tag der Begegnung der Caritas-Konferenzen

Von Dirk Lenschen

Dichtes Gedränge herrschte auf dem erstmals veranstalteten Tag der Begegnung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Caritas-Konferenzen (CKD). Rund 1 600 Frauen und Männer trafen sich in der Paderborner PaderHalle, wo sie sich auf einem Markt der Möglichkeiten über verschiedene Projekte der Caritas-Konferenzen informieren und austauschen konnten.

An rund 20 Informationsständen stellten u. a. Hospizgruppen, interkulturelle Begegnungstreffs und Initiativen für Kinder und Jugendliche ihre Arbeit vor. So präsentierten sich zum Beispiel die Hospizgruppe im Dekanat Büren, die Hausaufgabenbetreuung Winterberg oder die offene Altenarbeit in Verl. Auch die Smily-Kids, eine Kreuzbund-Gruppe aus Kirchlindem,

die sich um die Kinder suchtkranker Eltern bemüht, war vertreten.

Daneben standen zahlreiche kulturelle Angebote auf dem Programm. Hierzu gehörten u. a. ein offenes Singen neuer geistlicher Lieder, eine Stadtführung durch Paderborn sowie meditatives Tanzen. Besonderen Applaus erntete das Kölner Kirchenkabarett „Klüngelbeutel“, das u. a. die Eigenarten des caritativen Ehrenamtes in einer Kirchengemeinde unter die Lupe nahm. So parodierte die Truppe z. B. den bekannten Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, der das Wort „Caritas“ unter die Lupe nahm. Das Wort „Caritas“ bestehe aus drei Teilen: der „rita“, die darauf aufmerksam mache, dass die Caritas-Ehrenamtlichen überwiegend aus Frauen („Ritas“) beständen. Das vorangehende „Ca“ erinnere an ein „K“ und verweise auf die drei wichtigsten Bereiche im Leben einer Frau: Küche, Kinder, Kirche. Das „s“ am Ende des Wortes Caritas gehe auf das triebhafte „Es“ bei Sigmund Freud zurück. Allerdings handele es sich hier um einen recht eigentümlichen Trieb, nämlich um den Trieb, ständig uneigennützig helfen zu wollen. Die humorvollen Analysen der Kölner Kabarettisten trafen offensichtlich ins Schwarze: Hunderte von schunkelnden Caritas-Ehrenamtlichen bildeten den Schlusspunkt einer gelungenen Vorstellung.

Eröffnet wurde der Begegnungstag mit einem Festgottesdienst im Hohen Dom. Es zelebrierten Dr. Stefan Dybowski, Berlin, Geistlicher Begleiter des CKD-Bundesverbandes, und Monsignore Thomas Dornseifer, Geistlicher Begleiter des CKD-Diözesanverbandes. Dybowski stellte in seiner Predigt die Frage: „Wovon lebt der Menschen?“ Und er machte deutlich, dass überall dort, wo sich Menschen auf die Spur Jesu einlassen, Menschen leben und satt werden können. ◀

Weniger Ausländer

Die Zahl der im Bereich des Erzbistums Paderborn lebenden Ausländer ist auf den niedrigsten Stand seit 1992 gesunken. Ingesamt waren Ende 2002 genau 452 166 Personen registriert, rund 1 000 Menschen weniger als im Vorjahr. Dies ergab ein Umfrage des Diözesan-Caritasverbandes bei den Stadt- und Kreis-

verwaltungen. Damit setzt sich die rückläufige Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung im Erzbistum fort. Der Höchststand war 1997 mit fast 480 000 Personen erreicht worden. Das Erzbistum Paderborn umfasst den Regierungsbezirk Detmold, den größten Teil des Regierungsbezirkes Arnswald sowie den hessischen Kreis Waldeck-Frankenberg und die niedersächsische Stadt Bad Pyrmont.

„Alte Kohle für junge Leute“

„Schlafmünzen“ bringen über 131 000 Euro für Jugendhilfe

Auch „Schlafmünzen“ können einen ganz schön auf Trab halten: Dies mussten in den vergangenen Monaten der Caritasverband und die Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG) im Erzbistum Paderborn feststellen.

Nach der Euro-Einführung hatten beide Verbände um die nunmehr veralteten Münzen aus dem In- und Ausland gebeten. Motto der Aktion: „Alte Kohle für junge Leute“. Das Ergebnis übertraf alle Erwartungen: 7,5 Tonnen Münzgeld wurden gesammelt, rund 30 Freiwillige beteiligten sich an der manchmal kniffligen Sortierarbeit oder halfen bei Auslandsbesuchen beim Umtausch der Münzen. Lohn der Mühe: 131 000 Euro! Von diesem Erlös fließen rund 73 000 Euro in Caritas-Projekte für Kinder in Osteuropa und 58 000 Euro in die Jugendarbeit der DPSG. Zeitweise hatten die Kisten voller Münzen einen kompletten Kellerraum im Diözesan-Caritassekretariat blockiert. Die Tonnen ausländischen Kleingeldes, überwiegend aus benachbarten Ferienländern wie Holland, Österreich, Italien, Frankreich und Spanien, aber auch

aus Übersee, wurden innerhalb eines Jahres in rund 400 Stunden sortiert. Viele Mitarbeiter beteiligten sich daran freiwillig nach Dienstschluss. So weit möglich wurde das Geld bei den Zentralbanken in den Nachbarländern in Euro umgetauscht. Hierfür wurden oft Verwandte und Bekannte eingeschaltet, die bei Auslandsbesuchen die in Frage kommenden Geldinstitute aufsuchten. Dabei stieß die Aktion auf eine beachtliche Unterstützung. „In Kopenhagen duften wir das Geld im Keller der Nationalbank eigenhändig durch eine Zählmaschine laufen lassen“, berichtet Hans Hillebrand, Koordinator der Aktion beim Diözesan-Caritasverband. Die Fluggesellschaft Air Berlin transportierte kostenlos schwere Säcke voller Peseten vom Flughafen Paderborn-Lippstadt nach Mallorca. Viele kleine Hilfen, um aus kleinen Münzen große Hilfe zu machen! ◀



*Diözesan-Caritasdirektor Volker Odenbach (links) konnte jetzt der Vorsitzenden der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg im Erzbistum Paderborn, Rebecca Köster, 58 000 Euro aus der Aktion „Alte Kohle für junge Leute“ überreichen. Ein unermüdlicher „Motor“ der Restdevisen-Aktion war Odenbachs Stellvertreter Hans Hillebrand (rechts).
Foto: cpd*

Ausgezeichnet

Robert-Bosch-Preis für Modellversuch in der Pflegeausbildung

Hohe Auszeichnung für ein Projekt, das noch vor seinem Start für Aufsehen sorgte: Für ihre Konzeption einer völlig neuartigen Pflegeausbildung sind das Fachseminar für Altenpflege in Geseke, die Krankenpflegeschule am Brüderkrankenhaus St. Josef und die Kinderkrankenpflegeschule am St.-Vincenz-Krankenhaus (beide Paderborn) von der Robert-Bosch-Stiftung prämiert worden.

Ihr Modellprojekt erhält einen der drei ersten Preise des bundesweiten Ideenwettbewerbs „Pflege neu denken – zukunftsfähige Ausbildungskonzepte“. Der Preis ist mit 5 000 Euro dotiert. Die Preisverleihung hat am 20. September in Köln stattgefunden.

Das gemeinsame Paderborner und Geseker Projekt mit dem Titel „Konzeption, Erprobung und Evaluation einer generalistischen Pflegeausbildung“ wird von der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen in Köln, Fachbereich Gesundheitswesen, wissenschaftlich betreut. Koordinator ist der Caritasverband im Erzbistum Paderborn. An den Kosten beteiligen sich sowohl Landes- als auch Bundesministerien. Ein Teil der Kosten ist bereits von den Projektträgern finanziert worden.

Ziel des Projekts ist es, eine gemeinsame Ausbildung von Kinderkranken-, Kranken- und Altenpflegern zu konzipieren und zu erproben. Im Unterschied zu anderen Modellen ist diese Ausbildung „generalistisch“ angelegt, d. h., sie wird von Anfang bis Ende gemeinsam absolviert. Eine Spezialisierung ist nicht vorgesehen. Geplant ist ein Modellkurs mit insgesamt 24 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Angestrebt wird eine gemeinsame Berufsbezeichnung, die eine anschließende Tätigkeit in allen drei Feldern erlaubt. ◀



„Störfall“

DRG-Vergütung gefährdet Versorgung behinderter Patienten

Das ab Januar 2004 für alle Krankenhäuser verbindlich geltende neue Abrechnungssystem (DRG-System) gefährdet die medizinische Versorgung behinderter Menschen. Hiervor warnen der Diözesan-Caritasverband und die Arbeitsgemeinschaft katholischer Träger der Behindertenhilfe im Hochsauerlandkreis.

Nach dem DRG-System müssen Kliniken Behandlungskosten nach Fallpauschalen abrechnen. Dabei wird je nach Diagnose eine bestimmte Pauschale in Rechnung gestellt. So wird z. B. eine Blinddarmoperation unabhängig von der Verweildauer des Patienten im Krankenhaus immer gleich vergütet. Die Caritas befürchtet, dass diese Vereinheitlichung der besonderen Lebenssituation behinderter Patienten nicht gerecht wird. So werde nicht berücksichtigt, dass z. B. geistig behinderte

Menschen oft eine intensivere Zuwendung von Seiten des Arztes oder der Krankenschwester benötigen, da sie die ärztlichen Anweisungen ohne fremde Hilfe nicht befolgen können. „Behinderte Menschen können da leicht zu einem ‚Störfall‘ im Ablauf des Krankenhauses werden“, betont Ulrich Keuthen, Geschäftsführer des Caritasverbandes Brilon.

Das neue Abrechnungssystem sieht zudem eine Verkürzung des Krankenhausaufenthaltes vor. Ein entlassener Patient wird daher zukünftig eine intensivere häusliche Pflege benötigen als bisher. Behindertenwohnheime sind jedoch nicht in der Lage, diesen Mehraufwand für ihre Bewohner zu leisten.

Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Träger der Behindertenhilfe im Hochsauerlandkreis hat in einem Brief an Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt appelliert, das neue Abrechnungssystem noch einmal zu überarbeiten. Die besondere Lebenssituation behinderter Menschen werde hierin nicht berücksichtigt. Notwendig seien außerdem finanzielle Ausgleichszahlungen für die Träger von Behindertenheimen. ◀

Caritas-Telegramm

Dortmund. 15 Millionen Euro werden derzeit in einen Erweiterungsbau des Dortmunder St.-Johannes-Hospitals investiert. Der neue Gebäudeabschnitt wird zukünftig das Hauptgebäude des zweitgrößten Dortmunder Krankenhauses mit dem Zentral-OP verbinden. Untergebracht werden hier unter anderem eine Intensivstation mit 18 Betten für Patienten nach der OP und ein Aufwachraum mit zwölf Betten. Der Neubau soll Anfang 2004 bezugsfertig sein.

Arnsberg. Die Caritas-Werkstätten im Alten Feld haben ihre Lagerkapazität um mehr als das Doppelte erweitert. Der Anbau war notwendig geworden, um die Aufträge für die Behindertenwerkstätten zu erhalten. Die Werkstätten arbeiten überwiegend als Zulieferer für die Automobil- und Elektroindustrie. Da viele Unternehmen in diesen Branchen ihre Lagerkapazitäten abbauen, sind die Zulieferbetriebe gezwungen, entsprechende Kapazitäten einzurichten. Der Erweiterungsbau ist daher ein wichtiger Beitrag zur Zukunftssicherung der Werkstätten.

Hamm. Die St.-Bonifatius-Gemeinde betreibt auf dem Dach ihrer neuen Seniorenanlage eine Photovoltaikanlage und verkauft den gewonnenen Strom an die Stadtwerke. Seit ihrer Inbetriebnahme im Juli 2002 hat die Anlage schon über 4 000 Kilowattstunden Strom erzeugt. Pro Kilowattstunde erhält die Pfarrgemeinde derzeit 48 Cent. Mit dem eingenommenen Geld werden unter anderem Projekte in der Gemeinde gefördert. Die Kosten der Anlage in Höhe von knapp 50 000 Euro wurden durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, das Land, die Stadtwerke, die Eine-Welt-Initiative St. Bonifatius sowie Einzelspenden finanziert.

Paderborn. Das Brüderkrankenhaus St. Josef in Paderborn geht neue Wege bei der Energieversorgung. Es hat einen Kooperationsvertrag mit einem Bad Lippspringer Energieunternehmen abgeschlossen. Das Unternehmen investiert eine Million Euro in eine neue Heizungsanlage des Krankenhauses, übernimmt deren Betrieb und Wartung und versorgt das Haus in den nächsten 15 Jahren mit Energie.



Paderborn



Prälat Joseph Becker (Mitte) zelebrierte mit Dompropst Dr. Hentze (rechts) und dem designierten Erzbischof Hans-Josef Becker den Festgottesdienst im Hohen Dom. Foto: Caritas

50 Jahre Priester

Sein goldenes Priesterjubiläum konnte am 3. August Prälat Joseph Becker feiern. Der langjährige Vorsitzende und frühere Direktor des Caritasverbandes für das

Erzbistum Paderborn beging dieses Fest mit zahlreichen Gästen am letzten Liborisonntag, der traditionell der Caritas gewidmet ist. Nach einem Pontifikalamt mit dem designierten Erzbischof Hans-Josef Becker gab es einen Empfang im Liborianum. Grußworte sprachen neben dem künftigen Erzbischof Dompropst Dr. Wilhelm Hentze, der Vorsitzende des Diözesan-Caritasverbandes, Msgr. Thomas Dornseifer, und Diözesan-Caritasdirektor Volker Odenbach. Joseph Becker war am 6. August 1953 geweiht worden. Sein priesterliches Wirken begann er als 2. Vikar in Ense-Bremen. Nach Jahren in der katholischen Landvolk-Seelsorge wurde er 1967 Direktor und 1973 Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes. Dieses Amt bekleidete er bis Ende 2001. ◀

Menschen in der Caritas

Anita Buchheister (64) aus Olsberg-Bigge ist jetzt vom Diözesan-Caritasausschuss in den Vorstand des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn gewählt worden. Frau Buchheister ist Mitarbeiterin der Caritas-Konferenz St. Martin in Bigge und seit 1997 Dekanatsleiterin der Caritas-Konferenzen im Dekanat Bigge-Medebach. Sie engagiert sich ebenfalls im Vorstand des Caritasverbandes Brilon und im Diözesanvorstand der Caritas-Konferenzen, wo sie das Amt der stellvertretenden Diözesan-Vorsitzenden bekleidet. Neuer stellvertretender Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes ist Vorstandsmitglied **Ulrich Borchert** (55). Borchert ist Vorsitzender des Caritasverbandes für den Kreis Gütersloh.

Die neuen Diözesanvorstände des Sozialdienstes katholischer Frauen und des Sozialdienstes Katholischer Männer im Erzbistum Paderborn Foto: Lenschen



Margarete Potthoff und **Helmut Feldmann** stehen weiterhin an der Spitze des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) und des Sozialdienstes Katholischer Männer (SKM) im Erzbistum Paderborn. Margarete Potthoff (61) gehört dem Diözesanvorstand seit 1983 an. Zu ihrer Stellvertreterin wählte die Diözesanversammlung bei der Verbände **Cäcilia Kaufmann** aus Werl. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden **Walburga Hennemann** (Warburg) und **Susanne Leimbach** (Minden) bestätigt. Neu im Diözesanvorstand

sind **Marie-Theres Mausolf** (Herford) und **Christiane Oberreuter-Kurte** (Soest). Ebenfalls in seinem Amt bestätigt wurde Helmut Feldmann (62) als Diözesanvorsitzender des SKM. Feldmann ist Vorsitzender des SKFM Rheda-Wiedenbrück. Zu seiner Stellvertreterin wählten die Delegierten **Gertrud Wagener** aus Lippstadt. Dem Vorstand gehören weiter an: **Norbert Maschke** (Hamm), **Michael Landschütz** (Paderborn), **Bernhard Lohoff** (Dortmund) sowie **Alwin Buddenkotte** (Dortmund).

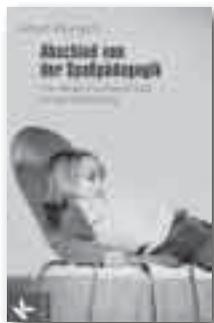
Dorothea Röttger (49) ist seit dem 1. Juni neue Leiterin des Referates Ambulante Pflegedienste im Diözesan-Caritasverband. Frau Röttger tritt die Nachfolge des im Februar verstorbenen **Ansgar Volkhausen** an. Die gelernte Krankenschwester war von 1974 bis 1993 in unterschiedlichen Fachabteilungen am Dreifaltigkeitskrankenhaus in Lippstadt tätig. Nach einer Ausbildung zur Pflegemanagerin leitete Frau Röttger von 1995 bis 2003 den Fachbereich Gesundheits- und Altenhilfe beim Caritasverband Hamm. Von 1999 bis 2002 absolvierte sie eine Weiterbildung zur Betriebswirtin im Sozialwesen.

Auf 25 Dienstjahre bei der Caritas, davon 15 Jahre in der Schwangerschaftsberatungsstelle des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) in Gütersloh, kann **Maria Kadach** zurückblicken. In weit über 5 000 Beratungsfällen konnte Maria Kadach in den letzten 15 Jahren durch ihre qualifizierte Beratung und konkrete Unterstützungsleistungen Hilfe anbieten.



Mut zu Erziehung

Albert Wunsch, Leiter des Katholischen Jugendamts Neuss, Pädagoge und Erfolgsautor, variiert die Grundthese seines ersten Buches („Die Verwöhnungsfälle“) und fordert den „Abschied von der Spaßpädagogik“. Sein Plädoyer „für einen Kurswechsel in der Erziehung“ ist mehr leidenschaftlich als theorieorientiert und zielt ab auf vermeintlich werte- und orientierungslose Mitglieder der postmodernen Gesellschaft: berufstätige Mütter, die sich zu wenig um die Kinder kümmern, lasche Lehrer und ihre bequemen Schüler, familienfeindliche Politiker. Wunsch geht es nicht um eine platte Rückkehr der Autoritäten, er vertritt keine schwarze Pädagogik, sondern er argumentiert für eine Familie als „Beziehungs- und Entwicklungsraum“, es geht ihm um „Handeln lernen in sozialer Verantwortung“. Immerhin sei Erziehung „die bedeutsamste und nachhaltigste Leistung innerhalb der Lebensweiterga-

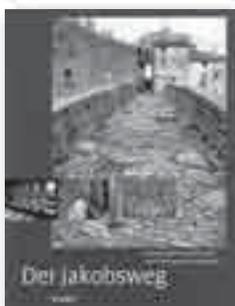


be“. Denn wer Kinder und Jugendliche sich selbst überlässt, sie verwöhnend in Watte packt oder mit Konsumgütern zuschüttet, der „proviziert den Crash“. „Dieser findet täglich statt, meist eher unbemerkt im Versagen, Misslingen und Aufgeben, manchmal aber öffentlich als Gewaltexzess.“ Viele Aussagen kann er anschaulich belegen, eine Fülle von Anekdoten, eigenen Erlebnissen, Beispielen, Zeitungszitaten unterstützen seine Thesen, auch wenn die angeführten Argumente von unterschiedlicher Überzeugungskraft sind. Das Buch wirkt am stärksten, wenn es Eltern ermutigt, ihren Erziehungsauftrag ernst zu nehmen, ihren Kindern Orientierung zu bieten, Regeln aufzustellen und sie zu lehren, Verantwortung wahrzunehmen. Ein Buch, das Mut macht für mehr Zuwendung und Zeit zwischen Eltern und Kindern, Verlässlichkeit und Partnerschaft, letztlich also Liebe statt Kostenübernahme. (ml)

Albert Wunsch: Abschied von der Spaßpädagogik. Für einen Kurswechsel in der Erziehung. Kösel-Verlag, München 2003. ISBN 3-466-30619-1. 230 Seiten, 17,95 Euro

Route der Sehnsucht

Ein wunderbarer Bildband über den Jakobsweg nach Santiago de Compostela, das als Pilgerziel eine ungeheure Renaissance erlebt. Wer den Weg ans westliche Ende der mittelalterlichen christlichen Welt auf sich nimmt, wird auch heute noch reich belohnt. Der großartige religiöse Schatz des Mittelalters spiegelt sich in den vielfältigen kunsthistorischen Zeugnissen am Wegesrand. Die Pilgerschaft selbst führt zur Begegnung der Völker Europas und atmet die Geschichte der europäischen Idee.



Diese verdienstvolle Sonderausgabe über „die Route der Sehnsucht“ erklärt Ursprung und Geschichte der Wallfahrt, schildert die Schicksale der Menschen in den uralten Legenden, hilft aber auch bei Planung und Vorbereitung einer modernen Pilgerreise. Dazu gehören umfassende und detaillierte Streckenbeschreibungen mit Höhenkarten und Tipps für kulturelle, folkloristische und kulinarische Höhepunkte entlang der Route. Den Jakobsweg zu gehen ist ein großartiges Erlebnis. Dieses Buch weckt die Vorfreude. (ml)

Ulrich Wegner: Der Jakobsweg. Auf der Route der Sehnsucht nach Santiago de Compostela. Sonderausgabe, 264 Seiten mit über 300 Abb. Herder-Verlag, Freiburg 2003, 29,90 Euro

Sicherheit zuerst

Erlebnispädagogische Angebote und Projekte gehören mittlerweile zum Instrumentarium sozialpädagogischer Erziehungshilfen. Mit natur-sportlichen Medien wie z. B. Klettern oder Kanufahren werden Handlungsfelder erschlossen, in denen Jugendliche durch die unmittelbaren Konsequenzen ihres Handelns ganzheitlich Sinnzusammenhänge erfassen lernen. Soll Erlebnispädagogik verstärkt in den Alltag der erzieherischen Hilfen eingebunden werden, müssen sich die Verantwortlichen fragen, ob die üblichen Sicherheitsstandards der natur-sportlichen Fachverbände für den verantwortungsvollen Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern,



Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausreichen. Es ist erforderlich, weiterführende Sicherheitsstandards zu formulieren, die sich am Verhalten der zu Betreuenden orientieren. Sicherheitsstandards sind ein Baustein im Qualitätsmanagement eines Trägers. Vor diesem Hintergrund hat eine Arbeitsgruppe des Bundesverbandes katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfe (BvKE), darunter Hubert Perschke vom Diözesan-Caritasverband Köln, die speziellen Anforderungen an die Sicherheitsstandards in der Erlebnispädagogik formuliert und neu überarbeitet. Mit diesem Praxishandbuch werden diese wichtigen Hinweise allen Interessierten zugänglich. (heg)

Hubert Perschke, Peter Flosdorff u. a.: Sicherheitsstandards in der Erlebnispädagogik. Praxishandbuch für Einrichtungen und Dienste in der Erziehungshilfe. Juventa Verlag, Weinheim und München 2003, 176 Seiten, 12 Euro



*Gabriele Kranstedt:
Migration und Mobilität
im Spiegel der Verbands-
arbeit katholischer
Mädchenschutzvereine
1895-1945. Lambertus,
Freiburg 2003, 676 Seiten,
34 Euro*



*Dienstmädchen auf einem
Bahnhof in Berlin um
1930 (Foto: IN VIA)*

Geschichte von IN VIA

Im Mittelpunkt dieses Buches steht die katholische Mädchensozialarbeit von ihren Anfängen 1895 bis zum Jahr 1945. Dass zum materiellen Überleben Hunderttausende junge Frauen gezwungen waren, in die Fremde zu ziehen, als Dienstmädchen „in Stellung zu gehen“, führte 1895 zur Gründung des katholischen Mädchenschutzvereins. Über 1,3 Millionen Dienstmädchen und -boten zählte man allein in jenem Jahr im Deutschen Reich. Sie galt es vor unseriöser Vermittlung und Ausbeutung zu schützen und ihnen gleichzeitig Hilfen zur beruflichen Bildung zu geben. Neben der kirchlichen Beheimatung in der Fremde stand vor allem der emanzipatorische Gedanke im Vordergrund. Als es Frauen noch verboten war, als Rednerin öffentlich aufzutreten, schufen sie gleichzeitig Fakten der Selbstorganisation.

Ein kaum bekanntes Kapitel ist die Hilfe für Wanderarbeiterinnen in Mitteldeutschland, vor allem im früheren Ostteil des Erzbistums Paderborn. Alljährlich machten sich Tausende Saisonarbeiterinnen aus Polen auf, um dort in der Landwirtschaft als „Schnitterinnen“ oder „Sachsengängerinnen“ ihren Lebensunterhalt zu verdienen. In so genannten Schnitterkasernen lebten die Frauen unter erbärmlichen Bedingungen. Vergewaltigung, Alkoholmissbrauch und Abdriften in die Prostitution waren nicht selten. Der katholische Mädchenschutzverband entwickelte ein systematisches Hilfefkonzept, das bereits in den polnischen Herkunftsgebieten ansetzte. Ein eindrucksvolles Stück kirchlicher Zeitgeschichte, auch dokumentiert in Berichten der noch lebenden Augenzeugen.

Gabriele Kranstedts Buch ist ein „Muss“ für alle, die auf der Suche nach den Quellen und damit dem Profil verbandlicher Caritasarbeit sind. (cpd)

*Der Kalender kostet
8,90 Euro (zzgl. Versandkosten). Bezug: Diözesan-
Caritasverband für das
Erzbistum Köln,
Frau Lydia Ossmann,
Georgstr. 7, 50676 Köln,
Tel.: 02 21 / 20 10-224
Fax: 02 21 / 20 10-3 98*

Kalender

Die zwölf Verbände des Sozialdienstes katholischer Frauen im Erzbistum Köln führen derzeit eine Kampagne durch mit dem Titel „Gewalt ist nie privat“ (www.gewalt-ist-nie-privat.de). Im Verlaufe des Kampagnejahres werden mehr als 65 kleinere und größere Projekte umgesetzt. Davon werden einige zentral von der Projektgruppe für alle Vereine organisiert, mehr als 55 Aktionen finden auf örtlicher Ebene an zwölf verschiedenen Standorten statt. Ein zentrales Pro-



jekt sind die Entwicklung und der Vertrieb eines Jahreskalenders für 2004. Der Kalender zählt zu einem der Abschlussprojekte und soll mit helfen, das Internetprojekt (Beratung und Chatroom für von Gewalt Betroffene und Interessierte) zu finanzieren; denn nur die Projekte können umgesetzt werden, für die eine Finanzierung über Spenden, Stiftungen u. Ä. gefunden wird.

Impressum

„Caritas in NRW“
Kaiserswerther Str. 282-284
40474 Düsseldorf
Telefon 02 11 / 51 60 66-20
Telefax 02 11 / 51 60 66-25
E-Mail: caritasNRW@t-online.de
<http://www.caritas-nrw.de>

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen

Chefredakteur: Markus Lahrmann
Redaktionssekretariat: Monika Natschke
Redaktion:
Rudi Löffelsend (Essen)
Alfred Hovestädt,
Dagmar Gabrio (Köln)
Heinz-Gert Papenheim
(Recht-Informationsdienst, Köln)
Jürgen Sauer (Paderborn)
Gerd Schnitzler (Aachen)
Harald Westbeld (Münster)

Layout: Alexander Schmid, Köln
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn
Anzeigenverwaltung:
Bonifatius GmbH,
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn
Karl Wegener
Telefon: 0 52 51 / 1 53-2 20
Telefax: 0 52 51 / 1 53-1 04

Verkaufspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Gedruckt auf Bilderdruck-Papier, hergestellt aus 100 % chlorfrei gebleichten Faserstoffen.

ISSN 1617-2434